

# Ostland

Halbmonatsschrift für Ostpolitik / Mit „Der Sudetendeutsche“  
Herausgeber: Bund Deutscher Osten e.V. / Hauptschriftleiter: Dr. Kriebel

Nr. 10

Berlin, den 15. Mai 1940

21. Jahrgang

## Wirtschaft im Generalgouvernement

Die deutsche Wirtschaftsführung im Generalgouvernement verfolgt das Ziel, die Wirtschaftskraft dieses Gebietes so zu stärken, daß es nicht nur selbst lebensfähig ist, sondern auch Ueberschüsse an solchen Erzeugnissen abwirft, deren das Reich bedarf. Das bedeutet, daß 1. der einzige Wirtschaftsfaktor, über den das Generalgouvernement im Ueberfluß verfügt, die menschliche Arbeitskraft, in großem Umfange der Wirtschaft des Reiches unmittelbar zur Verfügung gestellt, 2. die Lebensmittelversorgung des Generalgouvernements aus eigener Erzeugung sichergestellt, 3. die Rohstoffproduktion mit Nachdruck gesteigert und 4. die Industrie nach Möglichkeit auf die Lieferung kriegswichtiger Erzeugnisse abgestellt wird.

Zunächst der agrarische Sektor! Auf diesem hat die deutsche Wirtschaftsführung von folgenden Tatsachen auszugehen: Der Boden im Generalgouvernement ist zu mehr als der Hälfte leicht bis sehr leicht. Die Hektarerträge liegen weit unter denen des Reiches. Die Wirtschaftsmethoden sind meist rückständig. Die Saatgutversorgung ist schlecht, der Viehbestand dezimiert usw. Ueberdies hat der Krieg zahlreiche Wirtschaften zerstört. Sofort nach der Besetzung des Landes hat die deutsche Wirtschaftsführung Maßnahmen ergriffen, um die landwirtschaftliche Produktion zu heben und in die durch die Versorgungslage des Reiches gebotenen Bahnen zu lenken. Vor allem sind die Betriebe über 100 Hektar, die insgesamt 1 bis 1,5 Mill. Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche umfassen, der Kontrolle deutscher Wirtschaftsführer unterstellt worden. Für rund 2700 Großgüter sind Anbaupläne ausgearbeitet worden. Auch auf die Wirtschaftsführung der Betriebe unter 100 Hektar wird von den deutschen Leitung unterstehenden vier Landwirtschaftskammern des Generalgouvernements produktionsfördernd und -lenkend eingewirkt. Der deutschen Wirtschaftsführung kommt es vor allem darauf an, den Hackfruchtanbau zu heben. Grundsätzlich ist festgelegt worden, daß ein Drittel der Anbaufläche, soweit dem die Bodenverhältnisse nicht entgegenstehen, mit Hackfrüchten zu bepflanzen ist. Der Zuckerrübenanbau, der bisher etwa 32 000 Hektar in Anspruch genommen hat, soll verdoppelt werden, so daß die Produktionskapazität der im Generalgouvernement vorhandenen 18 Zuckerrübenfabriken voll ausgenutzt werden kann. Eine Steigerung soll ebenfalls der Kartoffelanbau erfahren. Es ist mit einer Erweiterung der Kartoffelanbaufläche um 10 bis 20 v. H. auf insgesamt 1,1 Mill. Hektar zu rechnen. Wo die anfallende Ernte wegen des Fehlens entsprechender Verarbeitungsbetriebe und der schlechten Wegeverhältnisse nicht anderweitig verwertet werden kann, soll sie der Hebung der Schweinehaltung zugeführt werden. Um wirtschaftseigenes Einweissfutter für die Schweinemast zur Verfügung zu haben, soll auch der Süßlupinenanbau gefördert werden. Da der Landwirtschaft des Generalgouvernements nur sehr geringe Kunstdüngermengen zur Verfügung stehen, die allenfalls

für die Düngung der Hackfrucht- und Sonderkulturen ausreichen, ist zur Hebung der Erträge der Gestaltung der Fruchtfolge besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Einerseits unter diesem Gesichtspunkt, andererseits zur Versorgung des deutschen Marktes wird daher auch der Del- und Faserpflanzenanbau verstärkt. Wert wird auch auf die Vermehrung des Anbaus von Körnermais und von Heil- und Gewürzpflanzen gelegt. Um die Tabakindustrie des Reiches zu versorgen, ist eine Verdoppelung der Tabakanbaufläche im Generalgouvernement ins Auge gefaßt. Durch diese und andere Maßnahmen, wie vor allem die Verbesserung des Saatgutes, die Urbarmachung von Dedflächen und großzügige Meliorationsarbeiten, für die in ausreichendem Maße Arbeitskräfte zur Verfügung stehen, durch die Bereitstellung landwirtschaftlicher Maschinen und Geräte usw., sollen die Hektarerträge so gesteigert werden, daß das Generalgouvernement in die Lage versetzt wird, sich nicht nur in der Getreideversorgung von Zuschüssen freizumachen, sondern bei denjenigen landwirtschaftlichen Erzeugnissen, an denen das Reich besonders interessiert ist, Ueberschüsse zu liefern.

Entgegen der landläufigen Meinung hat der ehemalige polnische Staat nicht zu den walddreichen Ländern gehört. Von der Waldfläche des ehemaligen polnischen Staates von etwa 8,3 Mill. Hektar liegen etwa zwei Drittel im jetzigen sowjetischen Interessengebiet. Von der Waldfläche des deutschen Interessengebietes entfallen wiederum etwa zwei Drittel auf das Generalgouvernement, rund 1,7 Mill. Hektar. Das Generalgouvernement ist ein im allgemeinen waldarmes Gebiet. Größere Waldgebiete gibt es nur im gebirgigen Süddeil des Landes, im Bereich des polnischen Mittelgebirges und im südlichen Lubliner Land. Etwa ein Viertel der Gesamtwaldfläche des Generalgouvernements ist Staatswald. Das Schwergewicht der Waldwirtschaft liegt also beim Privatwald, der zum großen Teil unter zahllose Kleinbesitzer aufgesplittert und zumeist sehr schlecht bewirtschaftet ist. Ueberhaupt hat es im ehemaligen Polen eine geordnete Forstpflege, die, soweit vorhanden, auf die Wirksamkeit der deutschen Besatzungsbehörden während des Weltkrieges zurückgeht, nur in beschränktem Maße gegeben; nur 2,1 v. H. der Forstbeamten haben eine höhere Fachausbildung und nur 11,5 v. H. des Personals eine forstwirtschaftliche Ausbildung überhaupt aufweisen können. Ganz allgemein hat im ehemaligen Polen sowohl der Staat wie der Privatbesitz am Walde übelsten Raubbau getrieben; an der Devastierung des Waldes sind auch die die Holzwirtschaft weitgehend beherrschenden Juden maßgebend beteiligt gewesen. Der Krieg hat durch die Erschütterung der Besitzverhältnisse, die Zerstörung vieler holzverarbeitender Betriebe, den übermäßig anschwellenden Holzdiebstahl und den sprunghaft gesteigerten Holzbedarf für die Zwecke des Wiederaufbaus vollends zu einem Chaos in der Waldwirtschaft des Generalgouvernements geführt. Um Ordnung in dieses Durcheinander zu bringen, sind zur Beaufsichtigung und Leitung der gesamten Forst- und Holzwirtschaft deutsche Forstinspektoren eingesetzt worden. Sie bestimmen die Einschlagmenge und die Verwendung des Rohholzes, sorgen für die Wiedereingangssetzung der holzwirtschaftlichen Betriebe und setzen die Holzpreise fest. Um die Holzabfuhr sicherzustellen, ist die Gespanndienstplicht, der jeder Fuhrhalter unterliegt, eingeführt worden. Zur Bekämpfung des Holzdiebstahls sind — erstmals in der deutschen Forstgeschichte — Forstschutzkommandos aufgestellt worden. Außer den Holzvorräten selbst werden durch die deutsche Wirtschaftsführung im Generalgouvernement auch alle sonst in den Wäldern vorhandenen und bisher kaum beachteten Rohstoffe nutzbar gemacht; vor allem wird die Harznutzung zur Gewinnung von Kolophonium und Terpentinöl entwickelt, ebenso ist die Gerbstoff- und Gerberindengewinnung in Angriff genommen worden. Auch dem durch den Krieg weitgehend verwüsteten Wildbestand wendet die deutsche Wirtschaftsführung ihre Aufmerksamkeit zu. Darüber hinaus ist sie auch darauf bedacht, die tiefgreifenden Schäden, die der Raubbau an den Wäldern der gesamten Bodenbewirtschaftung zugeführt hat, durch die Aufforstung ausgeholzter Flächen, die entweder brachliegen gelassen worden sind oder trotz geringer Eignung landwirtschaftlich gemischt werden, wieder gut zu machen. Ohne Zweifel läßt sich bei planmäßiger Forstpflege der Holzeinschlag im General-

gouvernement noch wesentlich steigern, so daß dieses Gebiet auch zur Belieferung des Reiches mit Gruben-, Bau- und Nutzholz herangezogen werden kann, ohne daß der Waldbestand geschädigt und der Eigenverbrauch des Generalgouvernements in einem den Wiederaufbau gefährdenden Maße eingeschränkt wird.

Das Generalgouvernement ist ein mit Bodenschätzen nur spärlich bedachtes Gebiet. Doch sind an verschiedenen Stellen Erzvorkommen vorhanden, die aber bisher nur in beschränktem Umfang ausgebeutet werden, z. T. auch noch nicht genügend erforscht sind. Im Kielcer Gebiet sind Eisenerzlager seit langem bekannt; sie werden an verschiedenen Stellen abgebaut. Noch nicht erschlossen sind die vermutlich reichhaltigen Eisenerzvorkommen im Karpathenvorland, vorwiegend in den Kreisen Gorlice, Rzeszów, Tarnów und Dębica. Die Wiederaufnahme des bereits mehrfach eingestellten Abbaus der Kupfererze im Kielcer Gebiet hatte die ehemalige polnische Regierung im Rahmen ihrer Industrialisierungspläne bereits in Aussicht genommen. An mehreren Stellen des Generalgouvernements sind auch Blei- und Zinkerzlager, die jedoch zumeist wegen ihrer geringen Ergiebigkeit seit langem nicht mehr ausgebeutet werden, vorhanden. Es versteht sich von selbst, daß das Reich an diesen Bodenschätzen ein besonderes Interesse hat. Auch den Raseneisenerzvorkommen, die bisher wirtschaftlich völlig ungenutzt geblieben sind, wird Beachtung geschenkt. Ebenso wird für eine Erhöhung der Schwefelkiesförderung und der Phosphoritgewinnung in der Gegend von Staszów bzw. Annopol Sorge getragen. Am oberschlesischen Steinkohlenbecken ist das Generalgouvernement nur mit verhältnismäßig geringen Randvorkommen beteiligt. Eine Intensivierung des Abbaus ist ins Auge gefaßt. Einen wertvollen Rohstoff besitzt das Generalgouvernement in seinen Erdölvorkommen im Karpathenvorland. Die Erschließung neuer Lager ist erfolgreich im Gange. Die geologische Durchforschung des Generalgouvernements wird ebenso wie die Ausbeutung der bekannten Erzlagerstätten mit Nachdruck vorwärtsgetrieben. Die deutsche Wirtschaftsführung hat sich auf die Auffindung und Gewinnung der Bodenschätze des Generalgouvernements den notwendigen, privatwirtschaftliche Quertreibereien ausschaltenden Einfluß gesichert; ebenso ist die Zuweisung der Rohstoffe an die verarbeitenden Betriebe geregelt, um ihre Verwendung für vordringliche Zwecke sicherzustellen. Zu den bereits schon in polnischer Zeit bestehenden Tabak-, Salz-, Spiritus- und Zündholzmonopolen ist ein Mineralölmonopol getreten, das als Großhandelsmonopol aufgebaut ist.

Was für die Ernährungswirtschaft des Generalgouvernements gilt: daß sich das Gebiet selbst zu versorgen hat, gilt natürlich erst recht für die Finanzwirtschaft. Denn es ist selbstverständlich, daß das Generalgouvernement für das Reich keine finanzielle Belastung darstellen darf. Es hat die Kosten seiner Verwaltung selber zu tragen. Dabei entfällt auf die durch die deutschen Beamten und Angestellten entstehenden Kosten nur ein verschwindend geringer Teil der Gesamtausgaben. Denn während sich die erstaunlich geringe Zahl der deutschen Verwaltungskräfte fast ausschließlich auf die Leitung und Aufsicht beschränken, besteht das Personal der Finanz-, Post-, Eisenbahn-, Arbeits- und Allgemeinen Verwaltung wie auch im Justiz-, Polizei- und Schulwesen und selbstverständlich auch in der Kommunalverwaltung aus Polen. Den Ausgaben für Verwaltung, Polizei, Arbeitsloshilfe und Wiederaufbau stehen Einnahmen aus folgenden Quellen gegenüber: An direkten Steuern werden eine Grund-, Gebäude-, Umsatz- und Einkommen- bzw. Lohnsteuer erhoben. Gegenüber diesen direkten Steuern haben in Polen die Stempel- und Verbrauchssteuern, Monopolabgaben und Zölle stets eine weit größere Rolle gespielt als im Reich. Stempelsteuern werden bei Grunderwerb, Versicherungen usw., Verbrauchssteuern auf Wein, Bier, Zucker, Hefe usw. erhoben. Monopolabgaben fließen aus Salz, Tabak, Spiritus, Zündhölzern und Mineralöl. Aus den Monopolen hat etwa ein Drittel der Einnahmen des ehemaligen polnischen Staates gestammt. Daß bei dem starken Rückgang der Einnahmen aus den direkten Steuern infolge der Kriegsernährung die Monopole zur Deckung der Ausgaben des Generalgouvernements besonders herangezogen werden



müssen, liegt auf der Hand. Das Tabak-, Salz- und Spiritusmonopol sind möglichst rasch wieder in Gang gesetzt worden, so die Tabakfabriken in Krakau, Radom und Warschau, die Branntweinfabriken in Krakau und Praga und die Salzbergwerke in Wieliczka und Bochnia. Die im Kriege zusammengebrochene *Steuerverwaltung* ist binnen kurzer Zeit wieder aufgebaut worden; dabei sind etwa vier Fünftel des alten Personals wieder eingestellt worden. Die Aussicht über die Steuerämter wird durch deutsche Finanzinspektoren ausgeübt, denen jeweils 2 bis 6 Steuerämter unterstehen und jeweils zwei Beamte beigegeben sind. Es ist natürlich eine schwierige Aufgabe, angesichts der notorisch schlechten *Steuermoral* der polnischen Bevölkerung, die durch den Krieg und seine Folgen verständlicherweise nicht besser geworden ist, die erforderlichen Steuerbeträge hereinzubekommen. Aber letzten Endes sollten die Polen selber am meisten daran interessiert sein, für einen normalen Eingang der Steuern zu sorgen. Denn die Gelder kommen ausschließlich ihnen und dem Wiederaufbau ihres zerstörten Landes zugute.

Das Generalgouvernement bildet ein eigenes *Wirtschaftsgebiet*. Von der Möglichkeit, das Generalgouvernement in das Wirtschafts- und Zollgebiet des Reiches einzubeziehen, ist kein Gebrauch gemacht worden. Die Folge einer solchen Union wäre gewesen, daß mit dem plötzlichen Wegfall aller Zoll- und Verbotsperren, in deren Schutz die Wirtschaft dieses Gebietes bisher gelebt hat, einerseits dessen Industrien von der überlegenen Produktionskraft des Reiches an die Wand gedrückt worden wären und daß andererseits die hohe Kaufkraft des Reiches die Rohstoffe und Agrarerzeugnisse dieses Gebietes hemmungslos angesaugt hätte. So ist also die Entscheidung dahin gefallen, daß dem Generalgouvernement die *eigene Zollhoheit* gelassen worden ist. Und zwar ist das in der Weise geschehen, daß bei der Warenverzollung die *Sätze* des bisherigen polnischen *Zolltarifs* erhoben werden, während mit Rücksicht darauf, daß die Zollverwaltung im Generalgouvernement mit deutschen Beamten ausgestattet worden ist, das *deutsche Zollverfahrensrecht* gilt. *Ausfuhrzölle* werden nicht erhoben. Zu den erhobenen *Einfuhrzöllen* kommt noch eine *Manipulationsgebühr* von

---

„Was auch Polen in diesem Kriege geschehen mag, ob seine ganzen Städte durch ihn vernichtet werden, ob seine ganze Intelligenz in seinen Schlachten fällt, ob im Hagel seiner Geschütze ein Drittel seines Volkes zugrundegeht — ich könnte mir als Kriegsfolge nichts ausdenken, was mir irgendwie als ungerecht vorkommen würde: Wenn ein Volk so an Wehrlosen handelt, kann es schlechthin nichts mehr geben, was es unverdient erhielte, ist alles Recht geworden, was ihm auch geschieht! Und wenn das Ausland kommt, mit erhobenen Händen ruft: Dies arme Polen, was geschah ihm alles — so müssen wir es sein, die immer wieder ruhig sagen: Es geschah alles zu Recht — was ihm auch geschah! Denn was es hier tat, an zahllosen Kulturmenschen tat, die es wie Herdenvieh durchs Land trieb, das ist eine solch' ungeheure Kulturschande, daß es in Zukunft nichts mehr geben kann, worüber sich dieses Volk noch jemals beklagen dürfte, denn mit ihr hat es sich selbst aus der Liste der Kulturvölker gestrichen! Und wenn es einstmals dafür büßt, so wird es ja nicht nur für einzelne büßen, das ganze Volk war an diesem Massenmord schuld, an diesen vielschigen Qualereien unschuldiger Menschen beteiligt, vom Marischall dieses Staates angefangen, über die Wojewoden bis zu den Professoren, über die Lehrer bis zum sturen Bauern, über die Offiziere bis zum letzten Soldaten hinab! Weder die Frauen blieben unschuldig an diesem, noch blieben es die Kinder dieses 'ritterlichen' Volkes — alle haben sie die Hände mit diesem Blut gefleckt, alle sich an den Qualen Wehrloser gemeidet! Möge sich weder die Welt, noch möge sich dieses Volk selbst über das beklagen, was es einst für seine Sünde am Menschentum bezahlen muß — Gott selbst wird es dann nicht hören, denn seine Laten schändeten auch Gott! Und wenn einst Philantropen aller Farben sich seiner annehmen, dann sprech' zu ihnen von nichts anderem als von diesen Tügen, sie werden sicherlich, wenn ihr es richtig sagt, nichts als die Wahrheit sagt, nach kurzem schon von selbst erkennen, daß das dieses Volk keine Liebe mehr verdient, ihre guten Werke jedem anderen besseren Nutzen bringen als diesem!“

Aus: Edwin Erich Dwinger, „Der Tod in Polen“.

10 v. H. des Zollbetrages hinzu. Zollbefreiungen und -ermäßigungen erfolgen nach dem bisher gültigen polnischen Recht. Von den Waren, die aus den ins Reich eingegliederten Ostgebieten und aus dem Gebiet der ehemaligen Freien Stadt Danzig ins Generalgouvernement eingeführt werden, werden während einer Uebergangszeit keine Zoll- und Abfertigungsgebühren erhoben. Für die aus dem Altreich ins Generalgouvernement eingeführten Waren gelten grundsätzlich die im deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommen von 1939 enthaltenen Bedingungen. Für bestimmte Waren gelten Ein- bzw. Ausfuhrverbote, von denen jedoch auf Grund besonderer Bewilligungen Ausnahmen möglich sind. Auf der Einfuhrverbotsliste stehen die im Generalgouvernement monopolgebundenen Waren, auf der Ausfuhrverbotsliste u. a. Textilien, Holz und Lebensmittel.

Zusammenfassend ist festzustellen: Das Generalgouvernement bildet ein eigenes Wirtschaftsgebiet, das naturgemäß eng an das reichsdeutsche Wirtschaftsgebiet angelehnt ist und dem Vierjahresplan unterliegt. Die deutsche Wirtschaftsführung sieht ihre Aufgabe darin, zunächst die Selbstversorgung des Generalgouvernements sicherzustellen und darüber hinaus Rohstoffe und Agrarerzeugnisse für das Reich freizumachen.

## Emigranten und Deserteure

Paris ist das Zentrum der polnischen Emigration. Von dort aus betreiben die politischen und geistigen Repräsentanten des polnischen Volkes bzw. die, die sich dafür halten, ihre verlorene Sache. Dort haben sich zahlreiche Angehörige der polnischen Intelligenz, die in den Tagen des Zusammenbruches die Vorsicht für den besseren Teil der Tapferkeit hielten, im Laufe der Zeit zusammengefunden. Sie geben vor, die rechtmäßige Vertretung des polnischen Volkes zu sein, und treiben als „Minister“ oder ähnliche Titelträger eine Politik des Als ob. Es handelt sich bei diesen sich so anspruchsvoll gebärdenden Männern durchweg um Leute, die ihre Unfähigkeit zu staatlicher Führung bereits im Versailler Polen unter Beweis gestellt haben. Es sind, ob sie im vergangenen Jahre nun noch Offiziere, Diplomaten, Wissenschaftler, Beamte, Parteiführer usw. gewesen sein mögen, Abenteuerernaturen, die nun, nachdem sie den ihnen vor 20 Jahren so unerwartet in den Schoß gefallenen Staat zugrunde gewirtschaftet haben, wieder zu ihrer alten Verschwörer- und Intrigantentätigkeit zurückgekehrt sind. Wie sie es schon während des Weltkrieges getan haben, so setzen sie auch jetzt wieder ihre Hoffnung nicht auf die eigene Kraft, sondern auf die Hilfe der deutschfeindlichen Mächte. Die einzige Betätigungsmöglichkeit, die ihnen bleibt, ist die, Propaganda zu machen. Und sie gehen dieser Beschäftigung mit jener arroganten Ueberheblichkeit und moralisierenden Gehässigkeit nach, die die polnische Propaganda seit jeher gekennzeichnet hat. Es ist interessant, einmal festzustellen, was das für Leute sind, die von Paris aus die Geschicke Polens zu leiten vorgeben.

An ihrer Spitze steht der Vorsitzende des Obersten Rates des Weltverbandes der Auslandspolen und ehemalige Senatsmarschall Władysław Raczyński. Als der „starke Mann“ in diesem Kreise gilt General Władysław Sikorski, der sich, seit 1926 in Paris lebend, schon seit Jahren als Mittelsmann zwischen der ehemaligen polnischen und der französischen Armee und als Befürworter eines polnischen Krieges gegen Deutschland hervorgetan hat; nachdem er es im Jahre 1922 einmal für kurze Zeit zum Ministerpräsidenten gebracht hatte, wurde seiner politischen Karriere durch den Maiumsturz Piłsudskis ein jähes Ende bereitet. Zu den „stärksten propagandistischen Talenten“ des Emigrantenkreises gehört Prof. Stanisław Stroński: Stroński ist Halbjude, er war Romanist an der Katholischen Universität in Lublin, politisch gehört er zur Nationaldemokratie. Während Oberst Beck in Rumänien sitzt, hat August Zaleski, den Beck im Jahre 1932 als Außenminister abgelöst hatte, den Anschluß an die Pariser

Zentrale gefunden: Zalecki war stets ein Anhänger der engsten politischen Zusammenarbeit mit den Westmächten, zuletzt war er Direktor eines der größten Warschauer Bankinstitute. Auch der bisherige Generalsekretär des polnischen Bergarbeiterverbandes, Jan Staniszczyk, ist in Paris zu Ehren gekommen; Stanczyk war Mitglied des Obersten Rates der PPS (Poln. Sozialdemokr. Partei), vor dem Weltkriege organisierte er die PPS in Leipzig und während des Weltkrieges tat er sich in Oesterreich als Organisator eines Munitionsarbeiterstreikes hervor. Von den führenden Mitgliedern der PPS haben sich u. a. auch die früheren Sejmabgeordneten Lieberman und Tomaszewski in Paris eingefunden; Herman Lieberman, von Beruf Rechtsanwalt, gehörte im Jahre 1930 zu den oppositionellen Parteiführern, die vom Pilsudski-Regime in Brest eingesperrt wurden, er lebt seit seiner Freilassung aus dem Gefängnis in Frankreich; Laduszy Tomaszewski, gleichfalls Rechtsanwalt, war Vorsitzender des Parteigerichts der PPS, Richter beim Staatsgerichtshof und Stadtrat in Warschau.

Zu den Prominenten der Emigration gehört weiter auch Oberst Adam Koc, der Begründer und erste Chef des „Lagers der Nationalen Einigung“, der Organisation, die dem im ehemaligen Polen herrschenden System als Regierungspartei zu dienen bestimmt war; Koc war in dieser Eigenschaft vergebens bemüht, einen Ausgleich zwischen der Regierung und den verschiedenen oppositionellen Gruppen zustandezubringen; er gilt als Vertrauensmann der Londoner City und überzeugter Westler. In diesem Kreise darf natürlich auch General Josef Haller nicht fehlen, der während des Weltkrieges, nachdem er aus der österreichischen Armee desertiert war, die polnische Armee in Frankreich organisierte, welche später bei den polnischen Ueberfällen auf Oberschlesien und bei der Niederwerfung der Besukrainischen Republik mitgewirkt hat; polnisch ist Haller in den letzten anderthalb Jahrzehnten als Chef des nach ihm benannten Verbandes der ehemaligen Angehörigen der sogenannten Blauen Armee und als führendes Mitglied der oppositionellen Arbeitspartei nur wenig in Erscheinung getreten. Unter den Generalen, die in den Reihen der September-Emigranten eine Rolle spielen, sind auch Sosnkowski, Kukiel und Zeligowski zu nennen. General Kazimierz Sosnkowski gehörte früher zu den engsten Mitarbeitern Pilsudskis und war mit diesem zusammen während des Weltkrieges in Magdeburg interniert; er nimmt sich in diesem Kreise, in dem fast ausschließlich die geflohenen politischen Gegner und persönlichen Feinde des verstorbenen Marschalls die erste Geige spielen, ein wenig merkwürdig aus. General Marjan Kukiel hatte in den ersten Jahren nach der Errichtung des Versailler Polenstaates verschiedene militärische Posten inne, bis er 1926 von Pilsudski aus dem aktiven Dienst entlassen wurde. General Lucjan Zeligowski wurde durch den Ueberfall auf Wilna bekannt, das er im Jahre 1920 unter Bruch des Waffenstillstandsabkommens von Suwalki den Litauern entriß; er repräsentiert in diesem Kreise gewissermaßen den polnischen „Anspruch“ auf Wilna. Auch der bekannte Chefredakteur des Wilnaer „Słowo“, Stanisław Gackiewicz, hat sich in Paris niedergelassen; er gehörte dem Sejm an und war, solange er in Erkenntnis der inneren Schwäche und geopolitischen Gefahrenlage des ehemaligen polnischen Staates den Gedanken einer Annäherung an Deutschland vertrat, in Polen eine viel umkämpfte Erscheinung; er war ein Einzelgänger, der bei der Opposition ebenso verhaßt war, wie er der Regierung, die ihn im Frühjahr 1939 für einige Zeit in Bereza Kartuska internierte, unbequem war.

Von den führenden Mitgliedern der bäuerlichen Volkspartei gehören u. a. Lados, Mikolajczyk und Jaworski zur Pariser Emigration: Alexander Wacław Lados war früher im Warschauer Außenministerium tätig, so war er 1919 Referent für die (nicht zustandegewonnene) Volksabstimmung in der Gips und im Gebiete von Arwa, 1920 Chef der Presseabteilung und 1922 Leiter der Abteilung für Mitteleuropa in diesem Ministerium; 1927 wurde er als Generalkonsul nach München geschickt; Lados gilt in der Pariser Emigration als der Vertreter des alten, bei der Beschließung der Festung Warschau verwundeten Bauernführers Wincenty Witos, der ebenso wie Lieberman 1930 in Brest eingesperrt wurde und später in die Tschecho-Slowakei emigrierte, von wo er erst im



Frühjahr 1939 nach dem Einmarsch der deutschen Truppen nach Polen zurückkehrte. Stanisław Miśkołajczyk war früher 2. Vorsitzender der Volkspartei und Sejmabgeordneter und gehörte zu den Leitern der polnischen Bauernorganisation in Posen. Dr. Jan Jaworski, von Beruf Arzt, war früher lange Zeit Vorsitzender des Verbandes der Dorfjugend „Wici“ und gehörte dem Obersten Exekutivkomitee der Volkspartei an. Den wirtschaftlichen Sektor in der Emigrantenzentrale „repräsentieren“ u. a. der Industrielle Alfred Falter und der Brauereiunternehmer Stanisław Żółwiak; dieser letztere war in den Jahren 1918/19 einer der Organisatoren des Aufstandes in Posen und machte in den letzten Jahren als Wortführer im Kampf gegen die wirtschaftlichen Lebensrechte der deutschen Volksgruppe in Posen viel von sich reden. Neben ihm ist auch Marjan Seyda zu nennen, der vor dem Weltkrieg Reichstagsabgeordneter war und sich während des Krieges vom westlichen Auslande her führend an der antideutschen Propaganda beteiligte; politisch steht er im nationaldemokratischen Lager. Als Titelträger der Emigration fungieren weiter der frühere Gesandtschaftsrat Jan Ciechanowski, der frühere Sejmabgeordnete und Führer der Christlichen Arbeiterpartei Karol Popiel, der frühere Wirtschaftsberater des Warschauer Außenministeriums und Gesandtschaftsrat in London, Jan Wzelański, und der Rechtsanwalt Dr. Zygmunt Grałowski, der früher Beamter des Warschauer Außenministeriums, Dozent für internationales und öffentliches Recht und Sejmabgeordneter der Wyżwolenie war.

Auch Geistliche gehören zu den Angehörigen der polnischen Intelligenz, die der Selbsterhaltungstrieb nach Paris geführt hat: Josef Gawlina, der als Feldbischof der ehemaligen polnischen Armee zu den namhaften Kriegsgeistern gehörte, und Jan Brandys, der in der oberschlesischen Aufstandszeit einer der nächsten Mitarbeiter des verstorbenen Bandenführers Korsanty und ein prominentes Mitglied der klerikal eingestellten Arbeiterpartei war. Es versteht sich von selbst, daß von den September-Emigranten auch dem alten Klavierspieler Ignacy Paderewski ein besonderer Ehrenplatz in ihren Reihen eingeräumt worden ist; Paderewski war während des Weltkrieges neben Gosnowski und Omowski der Hauptagent der polnischen Propaganda in den Vereinigten Staaten; im Jahre 1919 versuchte er sich vorübergehend als Ministerpräsident, kehrte aber, durch seinen Mißerfolg verärgert, seiner Heimat bald wieder den Rücken, um weiterhin ständig im Ausland zu leben und als geistiges Oberhaupt der vom Maiumsturz von 1926 an die Wand gedrückten Opposition gegen das Pilsudski-Regime zu intrigieren. Auch der ehemalige diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Henryk Strasburger, hat sich nach Paris in Sicherheit zu bringen gerufen; er tat sich in den letzten Jahren durch verschiedene Schriften als Einpeitscher der gegen das deutsche Danzig gerichteten polnischen Expansionsabsichten hervor. Ferner sind zu erwähnen der ehemalige Botschafter in Washington, Litus Filipowicz, der sich nach seiner Aberufung von diesem Posten als Sprecher einer rechtsradikalen Intelligenzgruppe vergebens in das innerpolitische Getriebe Polens einzuschalten versuchte, und der bisherige Vorsitzende der Nationalen (Nationaldemokratischen) Partei, Dr. Ladeusz Bielecki, der das geistige Erbe Roman Omowskis, den dogmatischen Deutschenhaß, in den Kreisen des polnischen Bürgertums pflegte; Bielecki war früher Sejmabgeordneter und zuletzt Mitglied der Warschauer Stadtvertretung.

Eine rege Agitation entfaltet im Rahmen der Pariser Emigrantenzentrale, vor allem als Leiter der dort gegründeten „Polnischen Universität“, an der zahlreiche landesflüchtige polnische Hochschullehrer tätig sind, Prof. Oskar Halecki, der als Historiker der ehemaligen Warschauer Universität einer der geschicktesten Vertreter der politisierenden polnischen Wissenschaft ist. Auch einer der bekannten polnischen Romanschriftsteller, Dramatiker und Schauspieler, Dr. Zygmunt Nowakowski, der früher das Slowacki-Theater in Krakau leitete, zählt zu der polnischen Prominenz in Paris. Daß dort auch zwei vor Kriegsausbruch ins Ausland geflohene Funktionäre des ehemaligen Bundes der Polen in Deutschland, Raczmarek und Bożek, zu Ehren gelangt sind, kann

nicht verwundern: Dr. Jan Kaczmarek war bis zu Kriegsausbruch Generalsekretär des Polenbundes und spielte als solcher schon damals eine maßgebliche Rolle in der Leitung des Weltverbandes der Auslandspolen; im Jahre 1919 gehörte er als Student zu der näheren Umgebung des Münchener Revolutionsjuden Kurt Eisner. Arkadiusz Bożek leitete den Landesverband Schlesiens des Polenbundes; vor Jahren war er einmal in eine kommunistische Waffenschieberaffäre verwickelt. Mit der Aufgabe, die Verbindung zwischen der September-Emigration und den in Frankreich ansässigen polnischen Arbeiterkreisen herzustellen, ist der sozialdemokratisch eingestellte Generalsekretär des „Verbandes der Arbeiteruniversitäten in Frankreich“, Józef Szczęsny, in die Pariser Polenzentrale aufgenommen worden. Auch die Juden sind in diesem Kreise offensichtlich erwünscht, denn der Emigrationsleitung gehört auch der ehemalige jüdische Sejmaabgeordnete Rechtsanwalt Dr. Ignacy Szwarcbart an; Szwarcbart ist der 2. Vorsitzende der Jüdischen Weltorganisation.

Mit diesen 35 Namen ist der Kreis der Personen, die in der September-Emigration eine gehobene Stellung einnehmen und den Ton angeben, im wesentlichen umrissen. Von den Leuten, die in den letzten Jahren in der Politik des ehemaligen polnischen Staates an exponierter Stelle gestanden haben, ist in diesem Kreise kaum einer zu finden. Augenscheinlich legen die in der Pariser Emigration maßgeblichen Leute großen Wert darauf, sich von den durch die Katastrophe allzu unmittelbar belasteten Politikern sichtbar zu distanzieren. Das geschieht wohl einerseits in der Hoffnung, die im Lager der Westmächte verständlicherweise sehr lebhaften Zweifel an den politischen Fähigkeiten der polnischen Führung dann umso leichter zerstreuen zu können, und andererseits in dem Glauben, daß das an dem System Mosciński-Rydz-Śmigły-Bek irre gewordene polnische Volk sie dann umso eher als die berufenen Sachwalter des polnischen Schicksals anerkennen werde. Tatsächlich setzt sich die Emigrantenführung fast ausschließlich aus Vertretern der alten Oppositionsparteien, aus Nationaldemokraten, Volksparteilern, Arbeitsparteilern und Sozialdemokraten zusammen. Aber es sind zugleich durchweg Leute, die noch niemals den Nachweis erbracht haben, daß sie die Eignung zu politischer Führung und positiver Ausbauseite besitzen. Zum Teil haben sie, wie Paderewski, Sikorski, Kaczmarek, Bożek, Haller, Lieberman und Szczęsny, die ständig oder doch seit Jahren im Ausland leben, überhaupt kein Verhältnis zu den Vorgängen in Polen. Zum anderen Teil sind es Leute, die als Parteiführer, wie Staszyński, Tomaszewski, Ładosz, Miłkiewicz, Jaworski, Seyda, Bielecki, Popiel und Stroński, anderthalb Jahrzehnte lang in unproduktiver Opposition verharrt und es nicht fertig gebracht haben, sich in dem Staate, den sie nun mit fremder Hilfe wiederaufrichten möchten, gegenüber einer Regierung zur Geltung zu bringen, von der man niemals gewußt hat, ob und in welchem Maße sie das Volk hinter sich hat. Zum Teil schließlich sind es, wie etwa Żółwiak, Wszelaki, Graliński, Brandys, Ciechanowski, Nowakowski und Roc, Leute, die trotz ihrer langen politischen Tätigkeit noch niemals einen wirklich verantwortlichen Posten ausgefüllt haben. Sie haben, als es sich noch darum gehandelt hat, den Staat, der ihnen durch eine niemals wiederkehrende weltpolitische Konjunktur geschenkt worden ist, zu festigen, auszubauen und zu erhalten, ohne Ausnahme alle versagt. Nur eines haben sie alle gekonnt: Propaganda machen. Aber letzten Endes hat auch die geschickteste politische Propaganda auf die Dauer nur dann einen Sinn, wenn sie auf der soliden Grundlage einer wirklichen politischen Gestaltungskraft ruht.

---

**Widerstände sind nicht da, daß man vor ihnen kapituliert,  
sondern daß man sie bricht!**

Adolf Hitler



# Der Kirchenstreit in Litauen

Ende April d. J. ist der neu ernannte päpstliche Nuntius, Erzbischof Luigi Centosa, in Kaun eingetroffen. Damit scheint der seit vielen Jahren andauernde Konflikt zwischen Staat und Kirche, der seit dem Staatsstreich von 1926 eines der Hauptprobleme der Innenpolitik Litauens bildet, vor einer Wendung zu stehen. Die Hartnäckigkeit dieses Konfliktes ist nur schwer zu verstehen, wenn man nicht seine volkspolitischen Hintergründe betrachtet. Das litauische Volk kennt aus seiner Geschichte die katholische Kirche als die ständige Bundesgenossin des die litauische nationale Eigenart mißachtenden und unterdrückenden Polentums. Jahrhunderte hindurch hat in der Zeit der litauisch-polnischen Union die katholische Kirche, wie unter den Deutschen, Ukrainern und Weißrussen, so auch unter den Litauern polonisierend gewirkt. Und es ist sehr bezeichnend, daß sich die ersten Kämpfe der in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts heranwachsenden litauischen Intelligenzschicht um die kulturelle Selbstständigkeit ihres Volkes gegenüber der geistigen Bevormundung durch das Polentum vorwiegend auf kirchlichem Gebiete abgespielt haben. Der Angriff der Litauer hat sich damals gegen die in den katholischen Kirchen der litauischen Gebiete Rußlands vorherrschende polnische Predigt- und Gesangsprache gerichtet. Die Weigerung der damals noch zumeist polnischen oder polonisierten Geistlichen, der litauischen Sprache im Gottesdienst den ihr gebührenden Platz einzuräumen, hat in den letzten Jahrzehnten vor dem Weltkriege häufig zu wilden Tumulten in den Kirchen und zu blutigen Schlägereien zwischen litauischen und polnischen Kirchgängern geführt.

Auch im selbstständigen Litauen bewahrte die katholische Kirche noch weitgehend ihren traditionellen Charakter als einer Vorkämpferin polnischer Interessen. Namentlich in der älteren Generation des katholischen Klerus Litauens blieb die Hinneigung zum Polentum noch vielfach erhalten. Es war unter diesen Umständen also in erster Linie ein Akt völkischer Notwehr, wenn die litauische Staatsführung seit dem Woldemaras-Putsch von 1926 darauf bedacht war, einer Machtsteigerung der katholischen Kirche, die bis zu einem gewissen Grade gleichbedeutend mit einer Schwächung der litauischen Widerstandskraft gegenüber den volks- und machtpolitischen Expansionsabsichten Polens gewesen wäre, entgegenzutreten. In der Christlich-Demokratischen Partei hatte sich der politische Katholizismus in Litauen ein wirksames Instrument seines Kampfes um die Macht im Staate geschaffen. Mit der Machtergreifung durch die Lautinkai, in deren Gefolge das Parlament ausgeschaltet und die Betätigung der Parteien lahmgelegt wurde, wurde dieses Instrument zerschlagen. Zwar kam 1927 ein Konkordat mit dem Vatikan zustande, in dem der Katholischen Aktion volle Freiheit zugesagt wurde; jedoch war der offene Konflikt zwischen Staat und Kirche, da diese die politische Führung im Staate anstrebte, nicht mehr zu vermeiden. Die klerikalen Kreise betrieben die Errichtung einer katholischen Universität, die, in vier Fakultäten gegliedert, der den kirchlichen Herrschaftsansprüchen nicht genügenden Staatsuniversität in Kaun Konkurrenz machen sollte; die Eröffnung dieser Hochschule wurde von der Regierung verhindert. Die katholischen Jugendorganisationen in den Schulen wurden verboten. Als Antwort belegte die Geistlichkeit die von der Regierung ausgezogene völkische Jugendorganisation mit dem Bann. Als die Katholische Aktion ihre staatsfeindliche Tätigkeit, die im geheimen mit den Polen sympathisierte, nicht einstellte, drohte die Regierung mit der Einführung der Zivilehe, mit der Kündigung des Konkordats und der Sperrung der Gehaltszahlungen an die Geistlichkeit. Der Konflikt spitzte sich schließlich so zu, daß die litauische Regierung den geistigen Führer der klerikalen Opposition, den päpstlichen Nuntius Bartoloni, zwang, das Land zu verlassen. Doch dauerte der Kirchenstreit fort. Die Geistlichkeit verhartete zum großen Teil in der Opposition zur Regierung. Durch zahlreiche Volksvereine, durch

den Religionsunterricht in den Schulen, durch die von kirchlichen Organisationen unterhaltenen Bildungsanstalten, wie das Jesuitengymnasium in Rauen, durch die Presse, wie vor allem die Tageszeitung „XX. Amžius“, durch Einrichtungen der Katholischen Aktion, wie die „Litauische Katholische Akademie der Wissenschaften“, und vor allem durch die Kirche selbst gelang es der Geistlichkeit, sich ihren Einfluß auf die litauische Öffentlichkeit weitgehend zu sichern.

Der Kampf zwischen dem politischen Katholizismus und der Regierung, die keineswegs antikatholische Ziele verfolgte, ist das beherrschende Thema des innerpolitischen Machtkampfes in Litauen geblieben. Da der Vatikan in den litauisch-polnischen Auseinandersetzungen stets auf polnischer Seite gestanden hat, ist die Befürchtung, daß sich, trotz der zweifellos fortgeschrittenen Nationalisierung der katholischen Geistlichkeit Litauens, eine Machtsteigerung der klerikalen Kreise, die der vatikanischen Politik in Litauen als gehorsame Werkzeuge dienen, zum Schaden der völkischen und politischen Interessen des litauischen Volkes auswirken können, auch heute noch nicht von der Hand zu weisen. Ob sich die bisherige, den litauischen Forderungen nicht gerecht werdende Einstellung des Vatikans zum litauisch-polnischen Gegensatz geändert hat, wird sich nach der Ankunft des neuen Nuntius binnen kurzem erweisen. Für die Litauer handelt es sich zur Zeit in der Hauptsache um die Kirchenfrage im Wilnagebiet, wo die polnische katholische Geistlichkeit mit dem Erzbischof Salbrzyńkowski an der Spitze als entschiedene Gegnerin der litauischen Staatlichkeit auftritt. In dem halbamtlichen, in Wilna erscheinenden „Wilniaus Balsas“ hat es kürzlich geheißen: „Niemand hat unserem Volkstum so ungeheuer großen Schaden zugefügt, wie die fremdvölkischen Geistlichen, die sich in den litauischen Kirchen eingenistet haben. Der Litauer ist nicht durch seine Schuld unter Außerachtlassung der christlichen Lehre über die Nächstenliebe zum zweitklassigen Glied, zum Stiefkind der katholischen Kirche degradiert worden. Dieses hat nicht die Kirche, sondern die Geistlichkeit versucht, die die litauischen Kirchen jahrhundertlang und auch jetzt noch für die polnische Propaganda, die nichts mit dem Glaubensbekenntnis zu tun hat, einspannt.“

Von litauischer Seite wird die Beseitigung des staatsfeindlichen Erzbischofs Salbrzyńkowski, die Einführung litauischer Gottesdienste in allen Kirchen des Wilnagebietes, die Besezung der Pfarrstellen dieses Gebietes mit litauischen Geistlichen, die Aufnahme litauischer Geistlicher in das Priesterseminar in Wilna, und die Eingliederung der Diözese Wilna in das litauische Kirchengebiet gefordert. Darüber hinaus ist damit zu rechnen, daß die

---

„Es kann nicht deutlich und scharf genug gesagt werden, daß es ein zivilisiertes polnisches Volk nicht gibt ... Tatsächlich kulturell gearbeitet und geleistet haben in Polen nur die Deutschen. Das muß man wissen, und das hat nichts mit Neutralität oder Nichtneutralität zu tun, sondern es ist einfach eine sachliche, wissenschaftlich beweisbare Feststellung der Wahrheit ... Es sind zwei Welten, die einander gegenseitig ausschließen und die nur im Werk zusammenkommen, im geschichtlichen Werk, von dem der Deutsche die Führung und der Pole den geduldigen Dienst hat. Polnisches nationales Werk hat es nie gegeben und wird es vielleicht nie geben. ... Jetzt ist ein großes Spiel verspielt, die polnische Zukunft vertan, und was übrig bleibt, wird eine bescheidene Existenz der Mühe und der Kleinheit sein. Es wird nicht mehr geschehen, daß eine sarmatische, tiefostische Menschenmasse, in einem Großstaat ausgebläht durch fremde Macht- und Geldmittel, im tragischen Zusammenprall mit der westlichen Zivilisation ihr schicksalhaftes Mindertwertigkeitsgefühl im sadistischen Großrausch vertoben kann an Menschen, die geistig über ihr stehen.“

Jakob Schaffner  
(in „Weltwacht der Deutschen“)

Ankunft des neuen Nuntius zum Anlaß genommen werden wird, um das Verhältnis von Kirche und Staat einer grundsätzlichen Erörterung zu unterziehen. Es ist anzunehmen, daß die vatikanische Politik versuchen wird, die Erfüllung der litauischen Forderungen bezüglich des Wilnagebietes davon abhängig zu machen, daß die Regierung ihrerseits gewisse Forderungen bezüglich der Stellung der Kirche im Staate erfüllt, z. B. auf die von ihr geplante Reform des Ehegesetzes verzichtet, dem klerikalen Organisationswesen eine größere Bewegungsfreiheit gewährt oder gar dem seinerzeit gescheiterten, aber niemals ganz aufgegebenen Universitätsprojekt ihre Zustimmung gibt. Ob es nun zu einer Einigung kommt oder ob der Kirchenkampf weitergeht, vielleicht sogar in eine Los-von-Rom-Bewegung einmündet, — Tatsache ist, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche infolge der Vereinigung des Wilnagebietes mit Litauen in ein entscheidendes Stadium getreten ist, und zwar deshalb, weil diese Frage weitgehend mit der Frage des litauisch-polnischen Volkstumskampfes verknüpft ist.

## Sudetendeutsche Siedlung im 18. Jahrhundert

Das kraftvolle Vordringen des deutschen Volkstums nach Osten im Mittelalter, welches die Ostgrenze des deutschen Volksbodens und die deutsche kulturelle Vormachtstellung in Osteuropa auf Jahrhunderte hinaus bestimmte, kam gegen Ende des 14. Jahrhunderts zum Stillstand. Menschenmangel, geänderte wirtschaftliche und politische Verhältnisse, späterhin auch die unseligen Religionswirren waren die Ursachen davon. Und als nach dem Westfälischen Frieden Volk und Reich hilflos und verelendet am Boden lagen, schien ein bevölkerungsmäßiges Vordringen der Deutschen für alle Zukunft ausgeschlossen. Doch in ihrem Kerne war die deutsche Lebenskraft ungebrochen. Schon zwei Menschenalter später begann nicht nur mit dem Erstarken Preußens der politische, mit der klassischen Zeit der geistige Wiederaufstieg Deutschlands; der bevölkerungspolitische Weitblick Friedrich Wilhelms I. und Friedrichs II. im Norden, Karls VI., Maria Theresias und Josefs II. im Süden, ferner auch Katharinas II., der deutschen Fürstin auf dem Zarenthrone, brachten den auswanderungslustigen deutschen Bevölkerungsüberschuß, der sich nach Uebersee zu verlieren drohte, zum zweiten Male in machtvoller Bewegung gegen Osten. West- und Ostpreußen, Ungarn in seinem Vorkriegsumfange, Galizien, die Bukowina und Rußland wurden Hunderttausenden von Deutschen aller Stämme zur zweiten Heimat.

Auch die Sudetenländer, deren trotz mancher Veränderungen jahrhundertelanges volklches Bild — tschechischer Kern, deutsche Rand- und Inselgebiete — durch die erste, die mittelalterliche Ostsiedlung gezeichnet worden war, blieben von der zweiten Kolonisationswelle nicht unberührt, wenngleich sich deren Auswirkung im böhmisch-mährischen Raume mit der gleichzeitigen Entwicklung etwa in den Karpathenländern nicht vergleichen läßt, wo weite öde oder nur dünn besiedelte Landstriche bedeutende Mengen von Auswanderern aufzunehmen imstande waren. Nur an einigen weit auseinanderliegenden Stellen Innerböhmens und -mährens entstanden im Laufe des 18. Jahrhunderts teils auf staatlichem, teils auf privatherrschaftlichem Boden einige wenige deutsche Siedlungen, in der Regel nur einzelne Dörfer, die den Stürmen des Nationalitätenkampfes, welcher im 19. Jahrhundert in den Sudetenländern tobte, nur schwer zu troßen vermochten. Mit ganz wenigen Ausnahmen, für welche sich besondere Umstände geltend machen lassen, sind diese Orte von der Völkerkarte des Protektorates Böhmen und Mähren wieder verschwunden. Die neuzeitliche Siedlungswelle ist also für diesen, vom deutschen Gesichtspunkte aus bedeutsamsten Abschnitt des Ostraums praktisch ergebnislos geblieben.

Siedlung ist in erster Linie eine Frage des zur Verfügung stehenden Bodens. In den Bruchern Preußens, den Wüstungen Ungarns, den menschenarmen Gebieten Polens und



an der Wolga war dieser im 18. Jahrhundert in Hülle und Fülle vorhanden. Anders in den Sudetenländern, wo der Fleiß zweier Völker in jahrhundertlangem Weststreit bemüht gewesen war, dem anbaufähigen Boden den größtmöglichen Ertrag abzugewinnen. Wohl hatte der Dreißigjährige Krieg gerade in Böhmen und Mähren die furchtbarsten Verheerungen angerichtet. Doch schon wenige Jahrzehnte später hatten sich die beiden Länder von diesem schwersten Schlage erholt, gab es hier keine Brachlandstreifen mehr. Und wo solche durch neue Heimsuchungen gelegentlich wieder entstanden, waren binnen kurzem neue Kräfte aus der Nachbarschaft zur Stelle. Dies war z. B. bei dem Dorfe Obel bei Kolín der Fall, das im Jahre 1715 durch eine der letzten Pestepidemien, welche in Böhmen wütheten, fast zur Gänze entvölkert worden war. Der damalige Besitzer des Dorfes, Graf Kajetan von Thun-Hohenstein, füllte die so entstandene Lücke nach dem Jahre 1719 mit deutschen Untertanen von seiner Herrschaft Tetschen in Nordböhmen aus, so daß hier auf diese Weise mitten im Tschechischen eine einsame deutsche Volksinsel entstand.

Als im Mittelalter deutsche Bauern von Norden, Westen und Süden her die Sudetenländer betraten, gewannen sie den notwendigen Acker- und Weideland vornehmlich durch Rodung der damals noch reichlich vorhandenen Wälder, die darum weniger als wirtschaftlicher Wert, sondern lediglich als zu beseitigendes Hindernis der Siedlung betrachtet wurden. Im Laufe der deutschen Kolonisation schrumpfte die Waldfläche Böhmens und Mährens recht beträchtlich zusammen, während der Sachwert des Waldes in gleichem Maße stieg. Nur ausnahmsweise entschlossen sich daher in der Neuzeit die Grundbesitzer, Waldgebiete in bäuerliche Neusiedlungen zu verwandeln. Im Innern Böhmens erwuchs auf diese Weise Franzdorf bei Tschaslau, wo 1711 Graf Franz von Thun-Hohenstein einige deutsche Familien von seiner Herrschaft Klösterle a. d. Eger ansiedelte. Der tschechische Name des Ortes, Borek, bedeutet „Kiefernwaldchen“, weist also auf seinen Ursprung als Rodungssiedlung hin. Im Jahre 1727 ließ der Erzbischof von Prag, Graf Ferdinand Kuenberg, auf die geistliche Domäne Rosenthal bei Bresnitz 20 Familien aus den deutschen Dörfern des Rhodentwaldes bei Laus kommen. Diese errichteten auf gerodeten Waldboden ein Dorf, welches sie zu Ehren des schon damals in Böhmen hochverehrten Märtyrers Johann von Nepomuk, zwei Jahre vor dessen offizieller Heiligsprechung, Deutsch-Nepomuk benannten. Grund und Boden mußten die Siedler der Herrschaft abkaufen, waren aber, abgesehen von der Zahlung eines jährlichen mäßigen „Schutzgeldes“, steuer- und robotfrei. Im Verlaufe zweier Generationen vermehrte sich die deutsche Bevölkerung des Ortes so stark, daß in den Jahren 1793—1795 neun Familien den Bürgern von Rosenthal Acker- und Wiesengründe abkauften und darauf die Tochter-siedlung Neudorf anlegten. Ackerbau und Viehzucht stellten für die Bewohner dieser beiden Orte allerdings nur einen Nebenerwerb dar. In der Hauptsache waren sie Nagelschmiede, Weber, Drechsler, Schindler, Schachtel- und Siebmacher, hatten also vor allem die verschiedenen Arten des Böhmerwälder Holzverarbeitenden Gewerbes in ihre neue, dem Walde abgerungene Heimat verpflanzt. Als Grundlage für eine regere Siedlungstätigkeit kam jedoch die Rodung in der Neuzeit nicht mehr in Betracht.

Eine neue, fruchtbare Siedlungsepoche brach für die Sudetenländer erst wieder an, als nach der für fast ein Jahrhundert endgültigen Vereinigung der preussisch-österreichischen Streitigkeiten in den Habsburgerländern das sogenannte „Raab'sche System“ zur Durchführung gelangte. Die im Laufe der geschichtlichen Entwicklung und unter dem geänderten Verhältnissen unrentabel gewordenen herrschaftlichen Wirtschaftsbetriebe, wie Meierhöfe, Tiergärten und Fischteiche, sollten in bäuerliches Ackerland verwandelt und Einzelsiedlerfamilien bei aufgehobener Robot „nach emphyteutischem Recht“ in Erbpacht gegeben werden. Dieser Reformplan des Oberdirektors der böhmischen Staatsdomänen, Franz Anton von Raab, bei dessen Durchführung die k. k. Hofkammer vorbildlich voranging, fand bei Herren wie Untertanen gleichermaßen großen Anklang, da er beiden Vorteile brachte. In Böhmen und Mähren, im deutschen wie im tschechischen Gebiete, entstanden in den Jahren

etwa 1770—1800 auf bisher herrschaftlichen Gründen zahlreiche neue Dörfer, die zumeist die Namen des Grundherrn oder des die Aufteilung durchführenden Beamten tragen. Die Siedler stammten in der Regel aus der nächsten Nachbarschaft, so daß sich diese Dörfer von ihrer Umgebung vollklich nicht unterschieden. Vielfach zogen jedoch die Grundbesitzer das Landesinnern ihren tschechischen Untertanen die als tüchtiger bekannten Deutschen der böhmisch-mährischen Randgebiete, wenn solche zu erlangen waren, als Kolonisten vor. Auch hierin gingen die staatlichen Stellen beispielgebend voran. Bereits 1778 zerstückelte die k. k. Militärinvalidenkommission den ihr gehörenden Meierhof Bilsko bei Horschitz und verteilte die Parzellen an deutsche Bauern, deren Herkunft noch nicht sicher festgestellt ist. Möglicherweise handelt es sich bereits um die erste Ansiedlung habsburgtreuer Untertanen aus der Grafschaft Olitz, welche im Hubertusburger Frieden mit dem größten Teile Schlesiens an Preußen gefallen war. Gruppen solcher Emigranten hielten sich bereits seit geraumer Zeit in Ostböhmen auf und bestürmten die Hofkammer mit Bitten um Ansiedlung in österreichischen Landen. Im Zuge der Raabschen Kolonisation, welche nach verschiedenen gescheiterten kleineren Versuchen systematisch und in größerem Umfange zuerst auf den Staatsdomänen Pardubitz und Podiebrad durchgeführt wurde, fanden sie auf diesen beiden Kammergütern eine neue Heimat. In den Jahren 1780—1785 entstand so in der Landschaft am Elbknie die größte sudetenländische Deutschensiedlung der Neuzeit, die Pardubitzer Sprachinsel<sup>1)</sup>, bestehend aus den elf rein deutschen Orten Deutsch-Neuhradischitz, Westa, Gunstdorf, Leichdorf, Kleindorf, Sehdorf, Dreidorf, Trauerdorf, Maidorf, Streitdorf, Neujesnitzchan und dem nationalgemischten Spojil mit insgesamt etwa 130 Familien. 1785—1790 weiter elbavwärts Rowansko bei Nimbura mit 28 Familien. Damit war für die Dauer von rund einem Jahrhundert die Kernlandschaft des tschechischen Ostböhmen, einer der Mittelpunkte des Hussitentums, wo übrigens schon im Mittelalter deutsches Volkstum Fuß zu fassen versucht hatte, gemischtsprachig geworden. Etwa um dieselbe Zeit verteilte auch Graf Schaffgotsch an einige Familien deutscher Zunge, welche er von seinen Besitzungen bei Marschendorf im Riesengebirge herbeiholte, ehemalige Meierhofgründe auf seiner Herrschaft Bielohrad bei Horschitz, und zwar in Ober-Neudorf, Berka und Lukawez. Diese drei Orte bildeten zusammen mit dem schon früher genannten Bilsko für ein paar Jahrzehnte die Horschitzer Sprachinsel.

In Mähren, wo der Raabsche Gedanke ebenfalls rasch Eingang gefunden hatte, verteilte insbesondere der Erzbischof von Olmütz, Maximilian Graf Hamilton, die Meierhofgründe seiner Güter an Einzelpächter, so z. B. 1787 auf seiner Herrschaft Chirlitz bei Brünn. Für eines der hier neuentstandenen Dörfer ließ er von seinen Besitzungen im Schönhengst, und zwar aus der Landskroner Gegend, an die 30 deutsche Siedlerfamilien kommen. So entstand das nach dem Gründer benannte Magdorf, in nächster Nachbarschaft der bereits mittelalterlichen Brünner Sprachinsel. Dieser glücklichen Lage hat der Ort im wesentlichen die Erhaltung seines Deutschtums zu verdanken. Hoch oben auf der Böhmischo-mährischen Höhe, hart an der Landesgrenze bei Saar, jedoch schon auf böhmischem Boden, wurde 1789 der seit wenigen Jahren dem Religionsfonds gehörige Meierhof Karlsdorf „emphyteutisiert“. Es wurden zu diesem Zwecke Kolonisten im deutschen Nordböhmen geworben und solche in verschiedenen fürstlich Clary-Aldringenschen Orten bei Teschen, zumal in Rosendorf, gefunden. Das neugegründete, ursprünglich aus 20 Häusern bestehende Dorf wurde nach dem damaligen Kreishauptmann von Tschaslau, Libin, Libinsdorf benannt<sup>2)</sup>. Da die Landwirtschaft zur Ernährung der Bewohner nicht ausreichte, errichteten diese zahlreiche Garnbleichen, die für die Deutscherhaltung des Ortes von Bedeutung waren. Auf ähnliche Weise entstand ferner um 1795 der Ort Schönwillkomm bei Klattau, gegründet von Graf

<sup>1)</sup> Siehe „Ostland“, Nr. 1/1940, „Die deutsche Volksinsel bei Pardubitz“.

<sup>2)</sup> Siehe „Ostland“, Nr. 5/1940, Seite 122, „Libinsdorf, die kleinste deutsche Sprachinsel im Protektorat“.

Kaspar Hermann Künigl mit Siedlern zumeist aus dem Kreise Elbogen, dem er zu jener Zeit als Kreishauptmann vorstand. (Als Wirtschaftsinspektor des Gutes Bezdiekau, auf welchem der Ort angelegt wurde, wirkte damals der seinerzeit vielgelesene deutsche Romanschriftsteller Chr. F. Spieß.) 1798 erhielt das freiherrlich Sternfeldsche Dorf Dalkowitz bei Blaschowitz durch Emphyteutisierung seines Meierhofes einen starken Anteil deutscher Bewohner; da sich diese vornehmlich mit Hopfenbau beschäftigten, ist ihre Herkunft aus dem Saazer oder Auschauer Land wahrscheinlich. Aus der Auschauer und Leitmeritzer Gegend stammten übrigens auch die Siedler von Johannesdorf bei Melník, gegründet 1798 von Johann Joseph Reichsgrafen von Pachta, aus der Umgebung von Saaz die Kolonisten von Annadorf bei Ledetitz a. d. Saffau, das Michael Weywoda von Stromberg im Jahre 1799, ebenfalls auf Meierhofgründen, anlegen ließ und zu Ehren seiner Mutter Anna Maria geb. von Brandenburg benannte.

Mit dem Ende des 18. Jahrhunderts schloß insolge Erschöpfung der für eine Aufteilung geeigneten Herrschaftsgründe auch die Ära der emphyteutischen Kolonisation ab. Eine neue Siedlungsperiode konnte nur durch geänderte Wirtschaftsverhältnisse, die neue Siedlungsbedingungen schufen, herbeigeführt werden. Diese kamen mit dem für das 19. Jahrhundert so charakteristischen allgemeinen industriellen Aufschwung. In der Tat ist die treibende Kraft für die Entstehung neuer Siedlungen im 19. Jahrhundert auch in den Sudetenländern in erster Reihe die Industrie. Leider wirkte sich die neue Zeit für das Deutschtum dieser Länder recht ungünstig aus, da gerade in den deutschen Randgebieten im Gefolge der Industrialisierung zahlreiche tschechische Arbeiterkolonien entstanden, die schon vor dem Jahre 1918 in manchen Orten die Bevölkerungsmehrheit darstellten und nach der Gründung des Tschechenstaates Ausgangspunkte für die weiteren Tschechisierungsbestrebungen bildeten. Als einer der wenigen deutschen Altkolonien aus dieser Zeit ist die im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts entstandene Ansiedlung deutscher Textilarbeiter in Alegowitz bei Brünn zu bezeichnen.

Der neuzeitlichen deutschen Siedlungsbewegung im tschechischen Teile der Sudetenländer (es handelt sich nach ihrer Richtung und nach der Herkunft des eingesetzten Menschensmaterials um ein Mittelding zwischen Ost- und Innenkolonisation), wie dem josephinischen Reformwerke überhaupt, ist von tschechischer Seite häufig der Vorwurf bewußt nationaler, also germanisatorischer Tendenz gemacht worden. Sehr zu Unrecht. Der Staatsgewalt sowohl als auch den geistlichen und weltlichen adligen Grundbesitzern zu jener Zeit lag nichts ferner als völkisch-deutsche Gedankengänge. Die Einführung der deutschen Amtssprache in Oesterreich durch Josef II., die Ansiedlung von Deutschen in den nichtdeutschen Habsburgerländern entsprang rein praktischen Erwägungen verwaltungspolitischer und wirtschaftlicher Natur. Die planlose Streulage der jungen Deutscheniedlungen im tschechischen Gebiete, die in einer Zeit stark herabgeminderten Volksbewußtseins, wie sie gerade das 18. Jahrhundert darstellte, deren baldige Aufsaugung durch das sie umgebende, zahlenmäßig ungleich stärkere tschechische Volkstum zur Folge haben mußte, ist der beste Beweis für den Mangel einer nationalen Zielsetzung bei den damaligen Siedlungsherren. In der Tat sind ja auch fast alle in der Neuzeit in Böhmen und Mähren entstandenen deutschen Orte als solche längst untergegangen und nur ein paar deutsche Sippennamen oder Flurbezeichnungen legen Zeugnis ab für ihre deutsche Vergangenheit. Die älteste dieser auf von vornherein verlorenem Posten ausgesetzten Siedlungen, das im Jahre 1711 entstandene Franzdorf, wurde noch im Laufe desselben Jahrhunderts tschechisiert. In Neujeznitzschan und Spojil bei Pardubitz, ferner in Johannesdorf und Annadorf erlosch die deutsche Sprache bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts. In den meisten übrigen Orten der Pardubitzer Sprachinsel (Deutsch-Neuhraditzsch, Leichdorf, Dreierdorf, Trauerdorf, Maidorf, Streitdorf), ebenso in der Horschitzer Sprachinsel sowie in Gbel, Schönwillkomm und Dalkowitz hielt sie sich in Resten noch bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts.



Die Ursachen dieser Entwicklung waren verschiedener Art. Einmal war es die schon erwähnte einsame Lage der meisten Orte inmitten rein tschechischer Umwelt, welche infolge des ständigen Verkehrs der deutschen Bewohner mit den tschechischen Anrainern zwangsläufig zu Zweisprachigkeit, tschechischer Zuwanderung und Mischeheiraten führen mußte. Dazu kam der vollständige Mangel einer deutschen geistigen Oberschicht sowie die Eingliederung der deutschen Orte in rein tschechische Pfarrrsprengel; in deren Kirchen gab es zwar anfangs auch deutschen Gottesdienst, doch wurde dieser von der tschechischen Geistlichkeit, die ja zu den eifrigsten Vorkämpfern der tschechischen Ausbreitungsbestrebungen gehörte, bald abgeschafft. Eine ganz besondere Rolle im völkischen Daseinskampfe der deutschen Orte spielte aber die deutsche Schule. Wenngleich sie deren allmähliche, sozusagen natürliche Entdeutschung letzten Endes nicht zu verhindern vermochte, so hat sie diesen Prozeß doch wesentlich verlangsamt und sich so als der getreue Eckart des Sprachinseldeutchtums erwiesen. Deutsch-Nepomuk erhielt eine deutsche Schule bereits 1780, die später wahrscheintlich auch von den Kindern von Neudorf besucht wurde, Rowansko 1797. In dieser wurde 1849, in jener 1870 das Tschechische als Unterrichtssprache eingeführt. Die Vertschechung dieser Orte nahm also von der jungen Generation her ihren Ausgang. Im Munde der Alten erhielt sich die deutsche Sprache noch etwa bis zur Jahrhundertwende. In der Pardubitzer Sprachinsel wurde 1823 für die Kinder von Weska, Günsdorf und Kleindorf eine deutsche Schule in Weska errichtet, eine weitere 1881 in Sehdorf. Beide bestanden bis zum Jahre 1905/06. Ihnen war es zu verdanken, daß sich trotz der besonderen Schärfe des nationalen Kampfes gerade in dieser Gegend das Deutchtum von Günsdorf und Kleindorf, zumindest in seinen letzten Resten, bis etwa 1900, in Weska und Sehdorf bis in die ersten Nachkriegsjahre halten konnte. Um dieselbe Zeit ging auch die deutsche Arbeiterkolonie von Alexowitz, deren deutsche Schule beim Umsturz des Jahres 1918 aufgelöst worden war, unter.

Nur in zweien von den jungen Deutscheninseln im Sudetenraum vermochte sich die deutsche Sprache und damit deutsches Denken und Fühlen bis in die Gegenwart, wenn auch nicht ohne starke Einbußen, zu behaupten: in Libinsdorf und in Magdorf. Wiederum gebührt der Dank hierfür in erster Linie der deutschen Schule; eine solche besaß der erstere Ort von 1812 bis 1924 (nach ihrer Schließung hielt der Deutsche Kulturverband zumindest deutschen Privatunterricht aufrecht), der letztere seit 1872. Daß diese beiden Orte nicht gleich den andern Neusiedlungen in der slawischen Hochflut untergegangen sind (Libinsdorf hat sie bis heute bewahrt), haben sie besonderen glücklichen Umständen zu verdanken. Bei Libinsdorf bestand dieser darin, daß die Garnbleichen des Ortes von eigenen sachkundigen Bleichknechten betreut wurden, die alljährlich über den Sommer aus der alten nordböhmisches Heimat hereinkamen und bei den Ausgewanderten und ihren Nachkommen in der fremden Umgebung das Bewußtsein ihrer Zugehörigkeit zu einem größeren Volksganzen nicht in Vergessenheit geraten ließen. Auch als mit der Zeit die Libinsdorfer Garnbleicherei einging, blieb die lebendige Verbindung zwischen Heimat und Kolonie erhalten. Sie hat letzten Endes die Libinsdorfer vor ihrem völligen Untergange bewahrt. Für die Deutscherhaltung von Magdorf war nicht so sehr seine Lage an der Seite der alten, völkisch festen Brünnner Sprachinsel ausschlaggebend — auch das sprachgrenznahe Johannesdorf konnte sich ja nur kurze Zeit halten — als vielmehr die Nähe der bis 1918 überwiegend deutschen Landeshauptstadt Brünn, die für Magdorf gleichzeitig Bezirks- und Gerichtsort war. So ist es zu verstehen, daß heute noch in Libinsdorf die nordböhmisches, in Magdorf die Schönbühlscher Mundart unverfälscht erklingt und daß diese beiden Orte die einzigen von den jungen Deutschensiedlungen im Landesinnern Böhmens und Mährens waren, die am 15. März 1939 Hakenkreuzfahnen hissten, da der Führer auch sie heimholte ins Großdeutsche Reich, unter dessen mächtigem Schutze sie einer besseren Zukunft entgegengehen.

Franz J. Beranek (Lettschen).

# Die deutsche Volkstumsinsel Wachtl-Deutsch-Brodek

Im mittleren Nordmähren, etwa 30 Kilometer westlich von Olmütz, liegt mitten im tschechischen Sprachgebiet die kleine Volksinsel Wachtl-Deutsch-Brodek. Sie besteht zur Zeit aus fünf Orten, den zwei größeren Deutsch-Brodek und Wachtl und den kleineren Döhlhütten und Runarž. Zu Brodek gehört außerdem das anschließende Böschna. Erst in neuerer Zeit ist ein weiterer Ort, Schwannenberg, dem Deutschtum verlorengegangen. Die fünf Orte bilden einen Kreis, dessen höchster Punkt etwa der Brodeker Marktplatz ist. Das Land liegt durchschnittlich 500—600 Meter hoch und ist im Gegensatz zum Schönhengstgau ausgesprochen verkehrssarm. Infolgedessen ist auch von einem Wohlstand der Bewohner des ziemlich rauen Gebietes keine Rede. Die Haupterwerbszweige sind eine spärliche Landwirtschaft und eine sehr wenig entwickelte Hausindustrie. Die Höhenzüge streichen durchwegs von Nordwesten nach Südosten und fallen auch in dieser Richtung ab. Entwässert wird die Volksinsel von der Romscha zur March. Das Ländchen weist keine besonderen landschaftlichen Reize auf und ist wegen seines rauen Klimas und seiner Abgeschlossenheit nicht einmal als Sommeraufenthalt recht geeignet. Es gehörte bis 1938 zum Gerichtsbezirk Konitz und politischen Bezirk Littau, seither aber zum Landkreis Mährisch-Trübau, mit dem es durch einen schmalen Landstreifen verbunden ist, der verkehrsmäßig für den Betrieb einer Autobuslinie wichtig ist, denn der Eisenbahnanschluß nach dem Sudetenland liegt in Konitz auf dem Gebiet des Protektorats.

Es ist nötig, die einzelnen Orte gefondert zu betrachten, weil nicht alle dieselbe Entwicklung genommen haben<sup>1)</sup>. Da ist zunächst Wachtl, das in bezug auf die Besiedlung und Mundart von den übrigen Orten besonders deutlich abweicht. Bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts war der Ort verödet und wurde um diese Zeit neu besiedelt. Die Kolonisatoren und Grundherren, welche an der Erschließung des Gebietes darum ein besonders lebhaftes Interesse hatten, waren die Aebte des Klosters Hradisch bei Olmütz. In den geschichtlichen Quellen wird Wachtl erstmals 1566 wieder genannt. Wenn man die Mundart der heutigen Bewohner zur Ermittlung ihrer Herkunft als verlässlichsten Hinweis darauf heranzieht, kommt man in den Schönhengst, und zwar in den Bereich östlich von Landekron. Das zeigt der Vergleich der Mundarten eindeutig, besonders ihre lautliche Seite. Aber auch der Wortschatz darf nicht außer acht gelassen werden, wenn auch der Lautstand wertvollere Schlüsse erlaubt, weil er nicht so leicht den Einwirkungen der Umgebung unterliegt wie der Wortschatz. Einige Dörfer des nordöstlichen Schönhengst dürften Teilnehmer an der Neugründung Wachtls gestellt haben, denn mit nur einem einzigen Ort decken sich die mundartlichen Merkmale Wachtls nicht, wohl aber mit einem Kreis von drei bis fünf Dörfern. Es besteht die Möglichkeit, daß auch aus Nordmähren oder Schlesien einige Siedler nach Wachtl gekommen sind, was der Familienname Schlexer in Wachtl andeuten könnte.

Die anderen Orte, die man gewöhnlich als den Brodeker Teil der Volksinsel zusammenfaßt, wurden von nordmährischen Kolonisten aus der Umgebung von Mährisch-Neustadt erschlossen, aber vermutlich erst ein Jahrzehnt später als Wachtl, doch wie dieses unter Leitung der Aebte von Hradisch. Freilich ist die Siedlungsgeschichte nicht so einfach zu erschließen, weil schon vom 13. Jahrhundert an wiederholte Siedlungsversuche festzustellen sind. Eher als die zwei großen Dörfer, Deutsch-Brodek und Wachtl, findet man Böschna, Döhlhütten und Runarž in Urkunden erwähnt, schon in der zweiten Hälfte des 14., Brodek hingegen erst im 15. Jahrhundert und nach der Neubesiedlung im Jahre 1574. Nach dem Dreißig-

<sup>1)</sup> Auf Grund eingehender Untersuchungen von Universitätsprofessor Dr. Ernst Schwarz und auch anderer Forschungsarbeiten, z. B. des Brodeker Joachim Bilsel, sind wir über Geschichte und Besiedlung der Volksinsel ziemlich gut unterrichtet.

jährigen Krieg mußten Dehlhütten und Runarz von neuem besiedelt werden, weil sie unterdessen verödet waren. Zur Zeit der Neubesiedlung um die Mitte des 16. Jahrhunderts gehörte Wachtl zur Herrschaft des Klosters Hradisch; die anderen Orte waren damals noch im Besitz von König. Erst seit 1574 gehörte auch Brodek mit Döschna und Dehlhütten zu Hradisch und seit 1578 waren bis auf Runarz alle Orte der Volksinsel endgültig in Hradischer Besitz. Runarz wechselte im 17. Jahrhundert einigemal seinen Herrn, bis es 1699 schließlich gleichfalls an Hradisch kam und dort auch bis in die neueste Zeit verblieb.

Wie schon gesagt, liegt die Heimat der Wachtler im Schönhengstgau; doch war man sich über die genaue Lage dieser Heimat anfänglich nicht im klaren. Man hat auch an den äußersten Nordwesten des Schönhengst gedacht, ja sogar ein Hinweis auf das Rothmühler Gebiet im Südwesten schien etwas für sich zu haben. Doch lassen sich alle Merkmale der Wachtler Mundart in dem besagten Gebiet zwischen Landskron und Hohenstadt nachweisen. Darum erscheint es nicht nötig, den fraglichen Kreis noch weiter zu ziehen. Umgekehrt findet man charakteristische Eigenschaften der Schönhengster Mundarten nur in Wachtl wieder, keineswegs aber in Brodek. Die Mundart des Brodeker Gebietes hat mit dem Schönhengst sicher nichts zu tun, sondern weist eindeutig in die Gegend östlich von Mährisch-Neustadt<sup>2)</sup>).

Es besteht kein Zweifel daran, daß die Volksinsel einst größer war als heute. Denn auch Stefanau und das schon genannte Schwanenberg, sowie außerdem Ulrichsdorf (= Přemyslowitz) und Nesselgrund, das nach Blösl mit dem heutigen Fröhlichsdorf (= tschech. Zavadlika) identisch ist, waren ursprünglich sicher von Deutschen besiedelt. Außerdem dürfte in früherer Zeit eine räumliche Verbindung zum südöstlichen Schönhengst bestanden haben, ist doch südöstlich von Kornitz und Dörfles im Schönhengst ein beträchtliches Stück deutschen Volksbodens slawisiert worden; die dortigen Ortsnamen sind dafür ein eindeutiges und beredtes Zeugnis.

Der Kampf der Inseldeutschen gegen den fremdvölkischen Ansturm war nicht leicht. Auf solche Reiche konzentrierte sich der Angriff des völkischen Gegners, weil sie ihm besonders unangenehm und auch leichter bezwinglich erschienen als etwa Orte im geschlossenen deutschen Siedlungsgebiet. Wenn sich trotzdem das Deutschtum der Wachtl-Deutsch-Brodeker Volksinsel durch die Jahrhunderte hindurch zu erhalten vermochte, so beweist das die völkische Zähigkeit und Heimatverbundenheit der deutschen Siedler, deren Heimkehr in den Schutz des Reiches im Jahre 1938 nur eine verdiente Anerkennung ihres völkischen Behauptungswillens bedeutet.

Alois Kreller.

<sup>2)</sup> Der Verfasser hat in seinem Buch „Wortgeographie des Schönhengster Landes“, Brünn-Weipzig 1939, diese Gebiete auf ihren Wortschatz hin untersucht und die ange deuteten Beziehungen feststellen können.

<sup>3)</sup> Auch Ernst Schwarz hat in seinem Werk „Subtendendeutsche Sprachräume“, München 1933, hierüber Aufschluß gegeben.

## Ostland-Chronik

Ministerpräsident Dr. Luka zum Geburtstags des Führers

Im Rahmen einer Feierstunde aus Anlaß des Geburtstages des Führers führte auf einer Massenkundgebung in Preßburg Ministerpräsident Dr. Luka u. a. folgenden aus: „Wir haben die Freiheit und Selbständigkeit unseres Staates aus den Händen Adolf Hitlers erhalten. Es gibt noch viele unter uns, die nicht glauben wollen, daß die

Slowaken fähig sind, ihren Staat auf die Dauer zu erhalten. Aber Adolf Hitler selbst glaubte daran. Er wußte, daß wir der Freiheit würdig sind. Die slowakische Nation hat bereits die Prüfung bestanden. Aber der Feind schläft nicht. Es bewegen sich auch unter uns noch immer viele, die der Flüsterpropaganda Glauben schenken, die das Gift unter uns verbreiten. Diese Zweifler und Brunnenbergister schützen vor, man wisse doch nicht, wer als Sieger aus dem



Kriege hervorgehen werde. Dieser Krieg ist aber kein Krieg zwischen Nationen, sondern zwischen den Anhängern des Kapitals und denen der ehrlichen Arbeit. Es geht um die bessere Zukunft des arbeitenden Volkes. Dieser Krieg wird von Deutschland siegreich bestanden werden. Denn es existiert keine Macht auf der Welt, die Deutschland auf die Knie zwingen könnte, und es gibt keine menschliche Kraft, die die tapferste deutsche Armee um den verdienten Sieg zu bringen vermöchte. Ich spreche keine Phrasen. Ich habe immer die Wahrheit gesprochen. Daß ich hier stehe, soll allen eine Garantie dafür sein, daß wir vertrauensvoll in die Zukunft blicken können. Zum Geburtstag pflegt man auch ein Geburtstagsgeschenk zu spenden, auch dem erhabenen Führer des Großdeutschen Reiches, dem vergötterten Adolf Hitler, der uns zu Verbündeten erwählt und uns seine schützende Hand entgegengestreckt hat. Unser Geschenk soll das Gelöbnis sein, sich seiner Freundschaft würdig zu erweisen, indem wir unseren Staat von allen Korruptionisten, Mörglern und Zweiflern befreien und allein der ehrlichen Arbeit zum Durchbruch verhelfen. Wir geloben für alle Zeiten, daß ihm die slowakische Nation treuer ergeben bleibt, denn sie glaubt an seinen Sieg in diesem gewaltigsten Ringen aller Zeiten."

### Kennzeichnung der polnischen Arbeiter im Reich

Der Reichsführer *Hitler* hat am 8. März d. J. eine Polizeiverordnung erlassen, die die im Reich beschäftigten polnischen Arbeitskräfte betrifft. Die Verordnung bestimmt: Arbeiter und Arbeiterinnen polnischen Volkstums, die im Reichsgebiet zum zivilen Arbeitseinsatz eingesetzt sind oder noch eingesetzt werden, haben auf der rechten Brustseite jedes Kleidungsstückes ein mit ihrer jeweiligen Kleidung fest verbundenes Kennzeichen stets sichtbar zu tragen. Das Kennzeichen besteht aus einem auf der Spitze stehenden Quadrat mit 5 Zentimeter langen Seiten und zeigt bei einer  $\frac{1}{2}$  Zentimeter breiten violetten Umrandung auf gelbem Grund ein  $2\frac{1}{2}$  Zentimeter hohes violettes P. Wer dieser Vorschrift vorzüglich oder fahrlässig zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe bis zu 150,— RM oder Haft bis zu sechs Wochen

bestraft. Unberührt bleiben Strafvorschriften, in denen eine höhere Strafe angedroht ist, und polizeiliche Sicherungsmaßnahmen. Die Verordnung gilt für das Gebiet des Großdeutschen Reiches mit Ausnahme der in das Reich eingegliederten Ostgebiete. Betroffen werden von dieser Vorschrift nicht nur die aus dem Generalgouvernement, sondern auch die aus den eingegliederten Gebieten stammenden, im übrigen Reichsgebiet eingesetzten Arbeitskräfte polnischen Volkstums. Die Verordnung ist am 1. Mai d. J. in Kraft getreten. Von diesem Tage an haben also die im Reich eingesetzten polnischen Arbeitskräfte beiderlei Geschlechts das vorgeschriebene, sie als Polen kennzeichnende Quadrat auf der Kleidung zu tragen. Sie werden damit als Fremde gekennzeichnet, mit denen Deutsche keine Gemeinschaft zu pflegen haben und die nur zu vorübergehender Arbeitsleistung im Reich herangezogen, nach deren Beendigung aber wieder abgeschoben werden. Es ist anzunehmen, daß die polnischen Elemente, die allenthalben bestrebt sind, sich zu tarnen, versuchen, sich dem Kennzeichnungszwang zu entziehen. Sache der über die Volkszugehörigkeit dieser Elemente unterrichteten deutschen Privatpersonen und Dienststellen ist es, gegen jeden derartigen Versuch sofort und nachdrücklich einzuschreiten.

### Das Ende der polnischen Kriegsflotte

Nachdem bereits vor einiger Zeit ein ehemals polnischer Zerstörer bei den Shetlandinseln von einem deutschen U-Boot versenkt worden war, fiel in den Tagen des fluchtartigen britisch-französischen Rückzuges aus Norwegen ein weiterer ehemals polnischer Zerstörer, der 1900 Tonnen große „Grom“, der deutschen Luftwaffe zum Opfer. Von den drei vor Kriegsausbruch nach England geflüchteten und dann in die britische Flotte eingereihten polnischen Zerstörern ist z. B. also nur noch einer vorhanden. Er stellt den letzten Rest der ehemaligen polnischen Kriegsflotte dar, mit der eine übergeschnappte polnische Regierungselique vor knapp  $\frac{1}{4}$  Jahren ein polnisches dominium maris baltici aufzurichten gedachte. Die versenkten Zerstörer waren vermutlich mit britischen Matrosen und Offizieren bemannt, da es die Londoner Admiralität offensichtlich für unzweckmäßig hält, moderne Kriegsschiffe einer polnischen Besatzung anzuvertrauen. Die polnischen Marinemannschaften, denen es gelungen ist, nach England zu fliehen, sind anderweitig

eingesetzt worden. Kürzlich hat die britische Admiralität den Polen einen vorläufigen Zeitbereits zur Verschrottung bestimmten, alten englischen Zerstörer geschenkt. Die feierliche Uebergabe dieses 1903 gebauten Seekriegsveteranen an die dafür bestimmte polnische Mannschaft ist in Malta erfolgt. Der Kapitän eines spanischen Handelschiffes, der Zeuge dieser „Feierlichkeit“ war, hat darüber berichtet, man habe sich eines ironischen Lächelns nicht erwehren können, als Admiral Ford der polnischen Mannschaft „eine sichere Heimkehr“ wünschte, — auf einem Schiff, das nicht mehr den Torpedo wert sei, mit dem es versenkt werde.

### Die Wirtschaft des Wilnagebietes

Das durch den litauisch-sowjetischen Vertrag vom 10. Oktober 1939 an Litauen gefallene Wilnagebiet umfaßt 6800 Quadratkilometer mit 433 000 Einwohnern, von denen etwa 200 000 auf die Stadt Wilna entfallen. Von der Gesamtfläche sind etwa 58 v. H. (392 000 Hektar) landwirtschaftlich genutzt, davon 244 000 Hektar als Ackerland, der Rest größtenteils als Wiesen und Weiden. Die Landwirtschaft des Wilnagebietes wird weit extensiver als die des übrigen Staatsgebietes betrieben; die Hektarerträge bleiben bei den verschiedenen Getreidearten um 20 bis fast 40 v. H. hinter denen Litauens zurück. Der Viehbestand im Wilnagebiet ist gering, die Milchwirtschaft erst schwach entwickelt; außer einer Dampfmolkerei in Wilna sind alle übrigen privaten und genossenschaftlichen Molkereibetriebe auf Handbetrieb eingerichtet. Im Wilnagebiet herrscht der landwirtschaftliche Kleinbetrieb vor. Von der landwirtschaftlich genutzten Fläche entfallen auf Zwergebetriebe unter 2 Hektar 9,5 v. H., auf Kleinbetriebe von 2—5 Hektar 36,3 v. H., auf Betriebe von 5—10 Hektar 34,6 v. H., auf Betriebe von 10—15 Hektar 10,2 v. H., nur 9,4 v. H. der Fläche entfallen auf Betriebe von über 15 Hektar. Doch gibt es eine beträchtliche Zahl walddreicher Großgrundbesitzer, die sich bisher sämtlich in der Hand polnischer Eigentümer befinden. An Rohstoffen ist das Wilnagebiet arm; es sind lediglich geringe Salzlager, etwas Phosphorit und kleine Torfbrüche vorhanden. Die Industrie ist verhältnismäßig gut entwickelt, so daß das Wilnagebiet den industriellen Verlust, den Li-

tauen durch die Rückgliederung des Memelgebietes erlitten hat, zu ersetzen in der Lage ist. In Wilna gibt es eine Delfabrik, die die bisherige Delherstellung Litauens um das Zweifache bis Dreifache übersteigt. Die beiden Kartonagefabriken in Wilna haben bisher etwa die Hälfte der gesamt-polnischen Kartonageproduktion geliefert. Die Wilnaer Furnierfabrik kann die dem litauischen Staat mit Memel verloren gegangene Fabrik ersetzen. Außerdem gibt es im Wilnagebiet eine Zigarettenpapierfabrik, eine größere moderne und zwei kleinere Glasverarbeitungsfabriken, fünf Lederfabriken, zwei Glasfabriken, eine Konfervenfabrik, zwölf Ziegeleien, vier Großmühlen, acht Sägewerke, eine (von den Polen zerstörte) Radiofabrik, eine Handschuhwerkstatt, mehrere Druckereien und Betriebe der Tabak- und Zuckerwarenindustrie.

### Die Kreise des Reichsgaues Wartheland

Bis zur endgültigen Regelung der Ortsnamenfrage im Reichsgau Wartheland gelten für die Stadt- und Landkreise dieses Gaues folgende Bezeichnungen: 1. Birnbaum, 2. Gnesen, 3. Gostingen (fr. Gostyn), 4. Gostynin, 5. Hohensalza-Stadt, 6. Hohensalza-Land, 7. Jaroschin, 8. Kalisch, 9. Kempen, 10. Kolmar, 11. Konin, 12. Kosten, 13. Krotoschin, 14. Kutno, 15. Lask, 16. Lentschütz (fr. Łeczyca), 17. Leslau (fr. Włocławek), 18. Lissa, 19. Liszmannstadt-Stadt (fr. Łódź), 20. Liszmannstadt-Land, 21. Mogilno, 22. Nessau (fr. Niezawa), 23. Neutomischel, 24. Oboznik, 25. Ostrowo, 26. Posen-Stadt, 27. Posen-Land, 28. Rawitsch, 29. Samter, 30. Scharnikau (fr. Czarnikau), 31. Schrimm, 32. Schroda, 33. Schubin, 34. Sieradz, 35. Turek, 36. Wartbrücken (fr. Kolo), 37. Wielun, 38. Wolstein, 39. Wongrowitz, 40. Breschen, 41. Znin. Bislang sind also in der Hauptsache die bisherigen polnischen oder im deutschen Sprachgebrauch üblichen Kreisnamen geblieben. Dem deutschen Sprachgebrauch angepaßt sind vorerst lediglich Gostingen und Scharnikau. Neue deutsche Namen haben Liszmannstadt und Wartbrücken erhalten. Nessau, Leslau und Lentschütz sind alte deutsche Namensformen, die jetzt wieder der Vergessenheit entrissen worden sind.

**Werbt für „Ostland“**



## Die Ausrichtung der slowakischen Wissenschaft

Der Presburger „Slovak“ veröffentlichte am 3. März d. J. einen interessanten Aufsatz über Aufgabe und Ausrichtung der slowakischen Wissenschaft. Diese habe in den letzten 20 Jahren ihre Hauptaufgabe darin gesehen, den slowakischen Standpunkt gegenüber der tschechischen, tschecho-slowakisch orientierten Wissenschaft zu vertreten. „Ein Vorteil dieser Lage“, so heißt es in dem Artikel, „bestand darin, daß das konzentrierte Interesse gegen die tschecho-slowakische Ideologie und Orientierung in der Wissenschaft unsere (slowakischen) Fachleute in der Richtung auf das gleiche Ziel führte. Daher war die slowakische Wissenschaft vor dem 14. März 1939 einheitlich, soweit das überhaupt möglich war. Diese Einheit im Ziel übte eine vereinigende Kraft aus und ermunterte zur Arbeit jeden, der seiner Nation helfen wollte ... Heute hat die Gefahr, die vor kurzem von der Seite der tschechischen Wissenschaft drohte, aufgehört, unser nationales Leben nachdrücklich anzugreifen, obwohl die Publikationen, die heute im Protektorat herauskommen, uns davon überzeugen, daß die tendenziöse tschechische Wissenschaft auf ihrer alten Konzeption beharrt und auch nicht meint, nach und nach auf sie verzichten zu können. Wir erkennen, daß wir auch künftig die Tätigkeit der tschechischen Wissenschaft verfolgen müssen, wenn auch der Kampf gegen sie unter den neuen Umständen nicht mehr das Hauptziel unserer Wissenschaft sein kann und damit auch nicht mehr jene einigende Kraft in unserer Forschung haben kann wie ehemals. Bei dieser Gelegenheit ist es erwähnenswert, daß einige slowakische Wissenschaftler, die sich in der Vergangenheit gegen die slowakische nationale Wissenschaft stellten, bis heute nicht unser neues nationales Leben und seine Notwendigkeiten erfasst haben und da und dort, wenigstens hinter den Kulissen anonym, dagegen wühlen. Es ist nicht nötig, sie zu fürchten, da sie mit der Zeit sich selbst enthüllen werden. Der slowakischen Sache können sie nicht mehr schaden.“ Mit dem Fortfall der akuten tschechischen

Gefahr habe, so heißt es dann weiter, in der slowakischen Wissenschaft eine gewisse Desorientierung Platz gegriffen. Sie scheine sich auf den Standpunkt der voraussetzungslosen Forschung, der Wissenschaft um der Wissenschaft willen, zurückziehen zu wollen. Einen solchen Luxus aber könne sich die slowakische Wissenschaft nicht leisten. Es sei notwendig, sie wieder in den Dienst des Kampfes gegen eine dem slowakischen Leben feindliche Ideologie zu stellen. Eine solche Ideologie sei die madjarische. Die madjarische Wissenschaft müsse in Zukunft der Gegenpol der slowakischen Wissenschaft werden, wie es früher die tschechische gewesen sei. Wir haben“, so heißt es darüber, „zu wenig darauf geachtet, daß das tschechische oder das tschecho-slowakische Problem niemals ausschließlich das Hauptproblem des slowakischen Lebens war und sein wird, und daß eine mindestens ebenso große Bedeutung das madjarische Problem besitzt ... Diesen Umstand müssen wir heute und in Zukunft in Erinnerung behalten. Wir haben vielleicht schon etwas in dieser Beziehung versäumt, weil der Kampf um die slowakische Sache in der tschecho-slowakischen Republik eine Konzentrierung der Kräfte auf das slowakisch-tschechische Problem verlangte. Unterdessen hat sich die madjarische Wissenschaft in den Dienst der Interessen ihres Staates gestellt und insolgedessen ist nicht nur eine große revisionistische madjarische Literatur, sondern es sind auch viele bedeutende Fachwerke entstanden, die die slowakische Problematik absichtlich nur vom madjarischen Standpunkt erforschen und darstellen.“ Diesen Tendenzen der madjarischen Wissenschaft müsse die slowakische Wissenschaft sich zuwenden und ihnen entgegenzutreten; sie müsse die Arbeiten der madjarischen Wissenschaft systematisch verfolgen und auf sie reagieren. „Damit gewinnen wir einen recht guten Ersatz für den jetzt nicht mehr aktuellen Gegenpol, den wir bisher in der tschechischen nationalen Wissenschaft besaßen. Wie die Madjaren alles Slowakische vom Standpunkt ihrer madjarischen Interessen beurteilen, so muß sich unsere Wissenschaft auf einen entsprechenden Standpunkt stellen und vom slowakischen Standpunkt aus die Arbeit der mad-

# Foto Schubert

Breslau 5

Am Tauentzienplatz

Foto- und Kinoapparate • Foto-Arbeitenversand nach ganz Deutschland



jarischen Wissenschaft beurteilen und das madjarische Leben erforschen.“ Auf diese gegen den madjarischen Revisionismus gerichtete Arbeit müsse sich die slowakische Wissenschaft konzentrieren. Sie werde durch eine solche Orientierung vor Zersplitterung und Kleinkrämerei bewahrt bleiben und in dieser Kampfstellung ihre neue große nationale Aufgabe finden.

### Aus der deutschen Volksgruppe in Südflawien

Nachdem kürzlich der gewesene Senator Dr. Graßl und der Landesbischof der deutsch-evangelischen Kirche in Südflawien Dr. Philipp Popp zu Senatoren ernannt wurden, erkör sich nunmehr das Deutschtum in Südflawien den Bundesobmann des deutsch-schwäbischen Kulturbundes Dr. Sepp Fankö zum Volksgruppenführer. Damit ist im Aufbau der Volksgemeinschaft der Deutschen Südflawiens ein weiterer Schritt getan. — Der bisherige Leiter des Kulturbundes in Esseg, Ferdinand Gastelzer, wurde als Direktor der Versicherungs-

gesellschaft „Dunav“ nach Neusäß berufen. Er hat dort die Leitung der Neusäßzer Hauptfiliale der Versicherungsgesellschaft „Dunav“, die Vertragsgesellschaft des „Deutschen Genossenschaftsverbandes“ ist, inne und wird auf diesem Posten eine äußerst wichtige Aufgabe im Wirtschaftsleben der Deutschen Südflawiens zu erfüllen haben. — Im Amtsblatt der Banatschaft Kroatien vom 22. April wurden die Gemeindevahlen in allen Gemeinden Kroatiens für den 19. Mai ausgeschrieben. In den rein deutschen Gemeinden und in den Gemeinden mit deutscher Mehrheit werden über Weisung der Volksgruppenführung unpolitische Listen mit volksbewußten deutschen Kandidaten aufgestellt werden. In den übrigen Gemeinden sind die deutschen Wähler bemüht, mit der aussichtsreichsten Liste des staatsführenden Volkes ein Wahlübereinkommen zu treffen mit dem Ziele, daß auch in diesen Gemeinden, wenn irgendwie möglich, volksbewußte deutsche Männer in die Gemeindevertretungen gelangen.

## Bücher über den Osten

**March der Deutschen in Polen.** Zusammenge stellt und bearbeitet von Kurt Lück. Verlag Grenze und Ausland, Berlin 1940. 115 Seiten. Preis 2,80 RM. — In diesem 2. Band der Schriftenreihe „Deutscher Osten“ sind Erlebnisberichte deutscher Volksgenossen zusammenge stellt, die im September v. J. von den Polen nach Osten verschleppt wurden: Hans Kohnert, Heinrich Weiß, Hans Schedler, Lotte Arndt, Friedrich Swart, Alfred Lattermann, Adam Ehresmann, Hermann Neß, Horst Markgraf, Ludwig Wolff und ein Kolonist aus Wolhynien kommen zu Wort. Lück hat die Berichte mit einer zusammenfassenden Einleitung und Kartenskizzen versehen, die die Wege der Verschleppten züge quer durch Polen verzeichnen. „Aus dem Erlebnis dieser erschütternden Katastrophe, die den Namen des polnischen Volkes für immer mit Schmach und Schande bedeckt, für uns dagegen eine ewige Mahnung und Verpflichtung bleibt, erwächst die deutsche Aufgabe im Osten: Kämpfen und wachen, damit kommenden Geschlechtern ein ähnliches Blutopfer erspart bleibe.“ Dr. R.

**Der Tod in Polen.** Die volksdeutsche Passion. Von Edwin Erich Dwinger. Eugen Diederichs Verlag, Jena 1940. 673 Seiten. Preis 2,80 RM. — Zum erstenmal hat hier einer der bekanntesten und meistgelesenen politischen Chronisten, dessen Werke „Die Armee hinter Stacheldraht“, „Zwischen Weiß und Rot“, „Wir rufen Deutschland“, „Die letzten

Reiter“ usw., weit über Deutschland hinaus bekannt geworden sind, die Schicksale des Deutschtums in Polen während der Septembertage des vorigen Jahres erzählt. Das Buch, so bemerkt Dwinger vorweg, enthält lediglich die nackte Wahrheit, jeder Name ist der seines wirklichen Trägers, jede Schilderung beruht auf einer eidlischen Aussage. Dwinger hat die vielen Einzelschicksale des Bromberger Blutsonntags und der Verschleppten züge zu einem großem erregenden Epos des letzten blutigen Opfers geformt, das den Deutschen in Polen noch am Vorabend der Befreiung abgefordert wurde. Es ist eine Chronik, erfüllt vom tapferen Leiden und qualvollen Tod, den polnische Henker in tausendfacher Gestalt die ihrer sadistischen Grausamkeit ausgelieferten Deutschen sterben ließen. Ein wahrheitsgetreuer Bericht über Greuelthaten, durch die sich das polnische Volk für immer aus der Reihe der Kulturnationen ausgelöscht und für immer das Recht auf Milde und Nachsicht verwirkt hat. Dr. R.

**Der Feldzug in Polen.** Von Theo von Zeska. Verlag E. S. Mittler u. Sohn, Berlin 1940. 40 Seiten. Preis 1,30 RM. — An Hand der Berichte des Oberkommandos der Wehrmacht wird hier, erläutert durch mehrere Skizzen im Text und eine Karte im Anhang, eine Gesamtdarstellung vom Verlauf des Feldzuges in Polen gegeben. In ihrer nüchternen Betrachtungsart ist die Schrift ein eindrucksvolles Zeugnis für die vernichtende Schlagkraft

der deutschen Wehrmacht. Am Schluß sind die amtlichen Schlacht- und Gefechtsbezeichnungen des Feldzuges zusammengestellt. Dr. K.

Das Reich im Nationalsozialistischen Weltbild. Von Hermann Messerschmidt. Heft 1 der Reihe „Neugestaltung von Recht und Wirtschaft“ (herausgegeben von E. Schaefer). Verlag W. Rohhammer, Leipzig 1940. 5. vollkommen neu bearbeitete Auflage. 107 Seiten. Preis 2,25 RM. — In dem Heft sind die Grundsätze des politischen und staatlichen Lebens seit der Machtergreifung in gedrängter Kürze und übersichtlicher Gliederung dargelegt. Nach einem Ueberblick über die gesellschaftliche Entwicklung der Begriffe Volk und Staat und über die staatlichen Formen der nichtdeutschen Staaten der Gegenwart werden die Grundlagen der nationalsozialistischen Staatslehre und der Aufbau des Reiches in knappster Form skizziert. Was Volk, Rasse, Staat, Führung, Partei im nationalsozialistischen Weltbild und in der politisch-rechtlichen Praxis bedeuten, wie das Reich aufgebaut ist und nach welchen weltanschaulichen und organisatorischen Grundsätzen die Arbeit, die Erziehung und der Arbeits- und Wehrdienst geordnet sind, wird in straffer Formulierung dargelegt. Ueber die genannten Themen enthält das Buch das Notwendigste, das jeder wissen muß. Die stets fortschreitende politisch-rechtliche Entwicklung bringt es natürlich mit sich, daß die Darlegungen in manchen Punkten rasch veralten. Das gilt in der vorliegenden Fassung des Buches z. B. für die Stellung der Beamten und öffentlichen Angestellten des Protektorates Böhmen und Mähren oder für die Verwaltung der ostmärkischen Reichsgaue. Dr. K.

Russische Schatten (Facies hippocratica). Aufzeichnungen von Robert von Raupach. Autorisierte Uebersetzung des unveröffentlichten russischen Originalmanuskripts von Carlo von Kugelgen. VII/383 Seiten mit 8 Bildtafeln. Paul List Verlag, Leipzig. — Der russische Militärstaatsanwalt v. Raupach beweist in seinem Buch, das wohl die Quintessenz seines Lebens darstellt, daß Geschichte trotz gewissenhafter, ja brutaler Wahrheitsliebe spannend interessant sein und phantastisch anmuten kann. Freilich ist es die Geschichte einer der wichtigsten Epochen des russischen Kaiserreichs, sein Untergang. Raupach schreibt nicht, wie die meisten russischen Memoirenschreiber und Historiker dieser Zeit, ein Verteidigungs- oder Anklagebuch, sondern sucht mit der ganzen Seele eines Volk und Vaterland liebenden Russen die Wahrheit zu ergründen und schonungslos darzustellen. Er kann das so gut wie wenige, weil er als Militärstaatsanwalt und als Mitglied höchster Untersuchungskommissionen hinter die Kulissen des Geschehens geblickt und die Fäden gesehen hat, an denen die Marionetten auf der großen Lebensbühne gezogen wurden. In den politischen Prozessen der Revolutionszeit von 1904/05 und 1917/18 hat er mitgewirkt und weiß Neues und wirklich Authentisches über den Kampf zwischen Regierung und Revolution, über

Alex und Gapon, Stalypin und Rasputin, Massojedow und Suchomilow, Kornilow und andere weiße Generale wie auch über Kerenzki zu berichten. Er selber war in der letzten Phase des Kaiserreichs ein wirklicher Gegenspieler des halbjudischen Schwägers Kerenzki. Raupach hat dem alten Rußland ins sterbende Gesicht gesehen. Mit der Strenge und Schärfe eines Juristen fällt er Urteile und Freisprüche und verteilt Licht und Schatten in sabelhaft lebendigen Charakter- und Zeitbildern. Wesentlich für unsere Zeit und das deutsche Volk ist dieses Buch, weil es, wie der Herausgeber v. Kugelgen im Vorwort feststellt, den Untergang des Zarenreichs als Folge der selbstmörderischen Beteiligung am englischen Kriege gegen Deutschland kennzeichnet. Ueber die für das russische Schicksal verhängnisvolle Rolle des seinerzeitigen britischen Vorkämpfers in Petersburg und dessen Agenten weiß der Verfasser viele aufschlußreiche und bisher z. T. noch unbekannte Einzelheiten zu berichten. In noch stärkerem Maße aber ist das Buch aktuell, weil hier ein in seiner Jugend liberalistisch befangener Russe am Zusammenbruch seines Volkes im Kriege nachweist, daß nur Gemeinsinn und Opfermut, Disziplin und vollkühnes Heldentum, Tugenden, zu denen das deutsche Volk nach einer Zeit der Verirrung und Haltlosigkeit wieder zurückgefunden hat, in der Stunde der Gefahr Bewährung und Rettung versprechen. R.

Deutsche am Werk. Lebensbilder großer Deutsche im Ausland. Von L. Heiß und D. Carstanjen. Union Deutsche Verlagsgesellschaft, Stuttgart 1939. 242 Seiten. Preis 4,80 RM. — Es hat im 19. Jahrhundert, in dem gewaltige Scharen deutscher Menschen ihr Mutterland verlassen haben, um irgendwo in der Weite der Welt eine neue Heimat zu finden, wohl kaum ein Land gegeben, in dem nicht der Forschergeist deutscher Gelehrter, der Pioniergeist deutscher Unternehmer, der Wagemut deutscher Ingenieure, die Tatkraft deutscher Soldaten Hervorragendes für das Land, in dem sich ihre schöpferische Energie entfaltete, geleistet haben. Aus der großen Zahl dieser deutschen Menschen greift das Buch einige, die für viele andere beispielhaft sind, heraus. Nur zwei der dreizehn dargestellten Lebensschicksale gehören nicht dem 19. Jahrhundert an: Daniel Gabriel Fahrenheit, der Danziger Naturforscher und Physiker des 18. Jahrhunderts, und Hans von Martensfeld, der als Führer des Stoftrupps der Baltischen Landeswehr bei der Eroberung Rigas 1919 fiel. Sonst aber gehören sie alle dem Jahrhundert der großen deutschen Auswanderung an: der Sudetendeutsche Carl Postl, der unter dem Namen Charles Sealsfield als Reisebeschreiber zu Weltruhm gelangte, Hermann Blumenau, der große Kolonisationsführer, der den Grund zu den blühenden deutschen Siedlungen in Brasilien legte, Ludwig Leichhardt, der als erster Europäer den australischen Kontinent durchquerte, Johann August Reibling, der Amerikas größter Brückenbauer wurde, und weiter Wilhelm Preßler, der geniale Eisenbahnbauer der europäischen und asiatischen Türkei, Heinrich Ernst



Göring, Deutsch-Südwestafrikas erster Reichskommissar, Friedrich von Falz-Fein, Rußlands bedeutendster Viehzüchter und Zoologe, Theodor Bilharz, der Tropenarzt, der durch die Entdeckung und Bekämpfung des Saugwurms zu einem Wohltäter der Eingeborenen Afrikas wurde, August Unshelm, der als Vertreter des Hamburger Handelshauses Godeffroy auf den Südseeinseln zu einem Wegbereiter der deutschen kolonialen Ausdehnung wurde, Colmar Freiherr von der Goltz, der Reorganisator der türkischen Armee, und schließlich Erwin Böhme, der große Wegebauer Deutsch-Ostafrikas. Heiß und Carstanjen haben keine tiefeschürfenden Darstellungen des Lebenslaufes und der Lebensarbeit dieser Deutschen geschrieben, sondern sie greifen an deren Leben die eine oder andere entscheidende Episode heraus, über die sie in leichter erzählender Form berichten.

Dr. R.

**Sudetendeutschland.** Ein Buch von feiner Schönheit. Herausgegeben von Adam Kraft. Mit einem Geleitwort von Karl Franz Leppa. Adam Kraft Verlag, Karlsbad 1939. 7 Seiten Text. 112 Seiten Bilder. Preis kart. 3,50 RM, Leinen 4,50 RM. — Vom südlichen Böhmerwald bis ins Ruhländchen führt dieses Buch durch die sudetendeutschen Landschaften, eine jede von ihnen in charakteristischen Bildern erfassend und zum Schluß auch in die deutschen Siedlungsgebiete des Protektorates und der Slowakei hinübergreifend. In Bildern erscheint da das Böhmerwaldland, das in Etfter und Wasklik seine Dichter gefunden hat, das Egerland, in dem ein selbstverwundenes und wohlhabend-behäftig-

tes deutsches Bauerntum sitzt, das Erzgebirge, auf dessen breitem Rücken sich menschen- und gewerbereiche Orte aneinanderreihen, das Bergland zu beiden Seiten der Elbe, dessen Schönheit Ludwig Richter und Caspar David Friedrich gemalt haben, das Isergebirge, in dem Gustav Leuteltz besinnliche Erzählungen spielen, und weiter das Riesengebirge und der Altvater, das Ruhländchen und das sanft wellige, schon die Nähe Wiens atmende südliche Mähren. Das Buch bringt viele Bilder, die ganz neue Einblicke in die beglückende Schönheit dieses Landes geben.

Dr. R.

**Deutschherrenland.** Ostpreußenfahrten. Von Arnold Becker. Societäts-Verlag, Frankfurt a. M. 1940. 295 Seiten. — Anders als die vielen anderen Ostpreußenbücher geht der Verfasser in seinem Bestreben, eine lebendige Vorstellung von Ostpreußen zu entwerfen, nicht von der Landschaft, sondern von den Menschen aus. Aus einem bunten Mosaik vieler zunächst anscheinend nebensächlicher, aber doch charakteristischer Einzelheiten aus dem Leben der Fischer, Bauern, Handwerker, Juchleute, Arbeiter, Gutsherren usw. fest sich das Bild des Deutschherrenlandes zusammen. In diesen Berichten gewinnen die Landschaften Ostpreußens Gestalt und Farbe, wird die Geschichte des Landes lebendig, öffnet sich der Blick in seine wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse und wird viel von den Sitten und Bräuchen des Volkes und vom politischen Kampf des Grenzlandes erzählt.

Dr. R.

Verlag Dr. Friedrich Omer, Berlin SW 61, Landwirthstraße 2-3. — Hauptgeschäftleiter: Dr. Otto Kredel, Berlin-Friedenau, Altstraße 2. — Druck: Westkreuz-Druckerei, Berlin-Nichtenrade, Rolkestraße 7. — Verantwortlich für Anzeigen: Kurt Haupt, Schneide b. Berlin. — Erscheint monatlich zweimal. Postbezug vierteljährlich RM 0,90. Einzelnummer RM 0,20 und RM 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreiskliste 4. — J. d. B. g. — Alle Aufschriften sind an den Bund Deutscher Osten, Berlin W 30, Mohrstraße 46 (Fernruf 25 09 14) zu richten.

## Grenzfragen sind Lebensfragen der Nation!

**Erika**



Anzahlung  
u. 24 Raten  
je RM 8.85 **7.20**

Gustav  
**Goertz**  
Allenstein  
TEL. 22 64

## Blottner & Mühle Königsberg (Pr) 5

bekannt seit vielen Jahrzehnten  
als Großhandlung für

**Drogen - Farben - Lacke  
Parfümerien - Verbandstoffe**

Der NSB.-Kindergarten ist zu einer neuen  
Pflegestätte des Kleinkindes geworden.  
Dein Mitgliedsbeitrag zur NSB. sichert  
solche Pflegestätten.



# Danzer, W. Hennig & Co.

Memel, an der Börsenbrücke

Fernsprecher 2211, 2288

Stoffspezialabteilung Fachabteilungen:

**Stoffe** für Berufskleidung

**Wäsche** sowie Anfertigung von Qualitätswäsche und Strickwaren nach Maß

**Stoffe für Inneneinrichtung und Dekorationen**, Möbelpolster, Gardinen, Läuferstoffe und Teppiche

**Handarbelten**, Handarbeitswolle (Stickgarne)

**Strickwaren** und Kurzwaren

**Damen- und Herren-Fertigkleidung**, Regenmäntel, Regenschirme

**Chem. Reinigung u. Färberei** Bettfedern- und Roßhaarreinigungen, Entmotten und Eulan-Behandlung, Reinigung von Hüten, Mützen, Handschuhen und Lederwaren

**Versandabteilung**

**Qualität — unser Leitzwort**

## F. LASS & CO.

seit 80 Jahren

Fachgeschäft für Textilwaren

Memel, Markt Str. 14-16

gegründet 1858

### „Union“,

Fabrik chemischer Produkte

Zweig Niederlassung Memel

Memel

Erzeuger von:

Schwefelsäure, Superphosphat

Am-Sup u. Am-Sup-Ka.

Borsuperphosphat

Kieselfluornatrium

## Franz Scharfetter

Baustoff - Großhandlung

Memel

Werftstraße 4

Fernsprecher 2811

## Treffo Aller

ist die behagliche Gaststätte

## „Zum Franz'1“

Hermann - Göring - Straße 10

Reichhaltige Speisekarte

Gut gepflegte Biere

Gut gepflegte Weine

### Damen- und Herren-Konfektion

Manufakturwaren

## Erich Friederici

Fleischbänkenstraße 2

Zu den billigsten Preisen  
kaufen Sie sämtliche

### Manufakturwaren u. Konfektion

bei

## Alexander Kurschen

vorm. Drobe A.G.

Memel, Marktstr. 47

Tel. 3063

## Laaser & Neumann

Kurt Scharffetter

Memel

KOLONIALWAREN-, HERINGE-, SALZ-  
GROSSHANDLUNG

MARGARINE-, BONBON-  
U. SCHOKOLADENFABRIK LASCHA